№ 145 — 161. Jahrgang

Lippische Landes-Zeitung

Detmold, Mittwoch, 22. Juni 1927

Ältestes und verbreitetstes Blatt des Landes und der angrenzenden Bezirke

Die Lippische Landes-Zeitung mit den unentgeltlichen Beilagen „Die Frau in Heim und Beruf", „Gut Brand", „Turn- und Sportschau", „Deutsches Lied", „Vaterländische Blätter", „Kinder-Zeitung", „Der Handwerksmeister" und „Der Landwirt" erscheint täglich frühmorgens, außer Montags. Monatl. Bezugspreis 2 ℳ, im Postbezug 2 ℳ zuzügl. Bestellgeld. Im Falle höherer Gewalt, bei Streik oder Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Herausgeber: Hofrat Staercke. Verantwortlicher Redakteur: Erich Meinhard, für die Anzeigen: Wilh. Brand. Druck u. Verlag der Meyerschen Hofbuchdruckerei, sämtl. in Detmold. Geschäftsstelle in Detmold, Paulinenstr. 14.

Anzeigenpreis: 12 G.-Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche 10 G.-Pfg., amtliche Anzeigen 20 G.-Pfg., die Millimeterzeile oder deren Raum; Reklamen 40 G.-Pfg. Schwieriger Satz mit 50 % Aufschlag. Beilagengebühr 1000 Stück 15 G.-M., bei Teilauflage höher. Platzvorschriften mit erhöhtem Zeilenpreis. Bei Wiederholungen und Abschlüssen Rabatt nach Tarif. Zahlungspflicht 8 Tage nach Rechnungserteilung. Anzeigenrabatt gilt als Kassenrabatt und kommt in Wegfall bei Überschreitung der Zahlungsfrist, bei zwangsweiser Eintreibung durch Klage und außergerichtl. Vergleichen. Postscheckkonto Hannover Nr. 7645. Telegramm-Adresse: Landeszeitung Detmold. Druckereigebäude in Detmold, Leopoldstr. 12. Fernspr. Nr. 23, 24 u. 46. Vertretungen in allen Orten des Lipperlandes.

Heute 6 Seiten
Hierzu: „Die Frau in Heim und Beruf" und „Turn- und Sportschau"

Die Hindenburg-Briefmarke

Erklärungen des Reichspostministers.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtber.) Reichspostminister Dr. Schätzel machte der „Voss. Zeitung" auf Anfrage Mitteilungen über die geplante neue Hindenburg-Marke: Die Marke wird am Tage des Geburtstages des Reichspräsidenten in den Verkehr gelangen. Da es sich um eine Wohlfahrtsmarke handelt, wird sie mit dem doppelten Preis des aufgedruckten Wertes verkauft werden. Dieser Mehrerlös ist vorzugsweise für schwer notleidende Mittelstandesangehörige, Sozialrentner usw. bestimmt. Die Hindenburgmarke wird voraussichtlich in drei Werten gedruckt werden, nämlich zu 5, zu 10 und zu 20 Pfg., und soll wenigstens in der ersten Zeit in Form von Markenheftchen verkauft werden, die 20 5 Pfg., 20 10 Pfg. und 10 20 Pfg.-Werte enthalten und 10 Mark kosten.

Zur Hindenburgspende

wtb. Berlin, 21. Juni. Im Anschluß an den Aufruf der Hindenburgspende anläßlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten wird mitgeteilt: Das Reich wendet gegenwärtig für die Versorgung der früheren Heeresangehörigen und ihrer Hinterbliebenen rund 1,3 Milliarden Mark im Jahre in Gestalt von Renten, für Heilverfahren usw. auf (ohne die Verwaltungskosten). Auch bei der besten Gesetzgebung bleiben aber immer zahlreiche Fälle übrig, in denen nicht oder nicht ausreichend geholfen werden kann. Die Reichsregierung hofft, daß mit dem Ertrag der Hindenburgspende auf freierem und ungehindertem Wege manche Härten und Schwierigkeiten ausgeglichen werden können. Falls genügend große Mittel aufkommen, ist — vorbehaltlich des Ergebnisses der noch schwebenden Verhandlungen — vorgesehen, aus dem größeren Teil der Spende eine Stiftung zu errichten, deren Verwaltung in den Händen eines Kuratoriums liegt, in dem die in Frage kommenden Kreise einschließlich der Länderregierungen usw. vertreten sind.

Zahlreiche geplante Ozeanflüge

wtb. Berlin, 21. Juni. Der „B. Z." zufolge sind gegenwärtig zahlreiche Ozeanflüge in Vorbereitung. Außer der deutschen Fliegerin Thea Rasche will die in Amerika lebende russische Fliegerin Luda Philippa zwischen Mitte Juni und Anfang August die Überquerung des Ozeans versuchen. Der Assistent des amerikanischen Marinesekretärs teilte gestern mit, daß ein Nonstop-Flug des Luftschiffes „Los Angeles" von Lakehurst nach Honolulu geplant sei. In ungefähr drei Wochen beabsichtigt Kapitän Courtney einen Flug von Calshot bei Southampton über Neufundland nach Newyork zu unternehmen. Der Rückflug soll in derselben Art per Flugzeug erfolgen. Zwei britische Piloten beabsichtigen, in der ersten Augustwoche einen Nonstop-Flug London—Newyork zu unternehmen. Nach der Ankunft in Newyork, wo sie nur 8 Stunden zu bleiben gedenken, wollen sie sofort nach London oder einem weiter östlich gelegenen Orte zurückfliegen, um den Rekord für diese Distanz zu schlagen. Der französische Flieger Drouhin wird, sobald das Wetter günstig ist, zu einem Fluge Paris—Newyork aufsteigen. Dazu kommen noch die deutschen Projekte von Könnecke (Flug Berlin—San Franzisko) und Udet (Flug München—Newyork).

Das blutige Ende „Dr. Unblutigs".

Am 18. April d. J. verschied, wie erinnerlich, plötzlich in Breslau der Propagandaagent der Kukirol-Werke, „Dr. Unblutig". Der Arzt hatte auf dem Totenschein als Todesursache Herzschlag angegeben, aber diese Eintragung mit drei Fragezeichen versehen. Die Obduktion der Leiche ergab jedoch als Todesursache mit sicherer Wahrscheinlichkeit Herzschlag. Überraschenderweise nach nunmehr zwei Monaten hat die Staatsanwaltschaft den plötzlichen Tod „Dr. Unblutigs" zum Anlaß einer Strafverfolgung genommen, und zwar gegen den Inhaber einer Wurstverkaufsbude im Zentrum Breslaus. „Dr. Unblutig" erschien wenige Tage vor seinem plötzlichen Tode in angetrunkenem Zustande vor der Bude, belästigte die Frau des Inhabers, erhielt daraufhin von dem Inhaber eine Ohrfeige und stürzte zu Boden. Es besteht der Verdacht, daß dieser Sturz Komplikationen im Gefolge hatte, die schließlich zum Tode führten.

Das neue Strafgesetzbuch

Beginn der Verhandlungen im Reichstag

vdz. Berlin, 21. Juni. (Radio.) Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs eines **allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches.**

Reichsjustizminister Hergt dankt in der Begrüßungsrede zunächst allen denen, die in ernster, schwerer Arbeit mitgeholfen haben an der Strafrechtsreform, die vor 25 Jahren begonnen wurde. Diese Arbeit bedeute vor allem auch ein Stück des Lebenswerkes des Reichstagsabgeordneten Dr. Kahl. Auch die Hilfe des Deutschen Sprachvereins ist nicht zu vergessen. Es handelt sich hier um ein Volkswerk, um eine historische Notwendigkeit. Der vorliegende Entwurf will das Strafrecht den veränderten Zeitverhältnissen anpassen. Er hält sich fern von jeder Schulmeinung und macht sich nicht einseitige Doktrinen zu eigen. Der Grundgedanke des Entwurfs ist das Bestreben, dem richterlichen Ermessen weit größere Freiheit zu geben, als es das bisherige Strafgesetzbuch tat. Nun wird gesagt, es fehle das geeignete Richtertum zur Anwendung des reformierten Strafrechts. Es ist aber garnicht so, daß die Strafrichter Buchstabenmenschen sind. Sie haben gelernt, gelernt auch aus der Zusammenarbeit mit den Laienrichtern. Wenn man den Strafrichtern das Instrument des neuen Gesetzes in die Hand gibt, dann werden sie auch damit verständnisvoll zu arbeiten wissen. An der Strafrechtsreform hat ständig ein Vertreter des österreichischen Justizministeriums mitgearbeitet. Der Entwurf des neuen österreichischen Strafgesetzbuches deckt sich bis auf zwei Ausnahmen wörtlich mit dem unserigen. Die Ausnahme war nur erforderlich, weil die österreichische Verfassung die Todesstrafe ausschließt. Im übrigen werden aber jetzt

beide Völker das gleiche Strafrecht

erhalten. Das ist ein schönes Zeichen der untrennbaren Kulturgemeinschaft beider Völker. Wir begrüßen es besonders, daß jetzt auch deutsche Frauen an der Gestaltung des neuen Strafrechts tätig mitwirken. Alle Abgeordneten mögen bei der Entscheidung über den Entwurf daran denken: Die Stunde ist ernst und groß, lassen Sie sie zur Aufrichtung eines unvergänglichen Denkmals des deutschen Geistes und der nationalen Rechtslebens werden!

Abg. Dr. Kahl (DVP.) dankt den Fraktionen dafür, daß sie ihm die Ehre gewährt hätten, als erster Redner die Aussprache zu eröffnen, weil er tatsächlich von Anfang an mit der Strafrechtsreform aufs engste verbunden gewesen sei. Aus den Erfahrungen seiner mehr als 20jährigen Mitarbeit heraus schildert der Redner die einzelnen Etappen der Reformarbeit. Das alte Strafrecht war vor allem mangelhaft in der psychologischen Erfassung des Verbrechers. Der neue Entwurf bringt eine bessere Regulierung des Strafverfahrens gegen Geisteskranke, geistig Minderwertige und alkoholische Verbrecher. Er berücksichtigt auch mehr die Erscheinung des gewerbs- u. gewohnheitsmäßigen Verbrechers. Die Ziele der Reform sind die Verbindung der Sicherung mit der Strafe, die Erweiterung der Freiheit des richterlichen Ermessens und die Vereinfachung der Tatbestände. Der Reichsrat hat durch manche seiner Aenderungsanträge das Werk sehr erschwert, aber ich habe doch das Vertrauen, daß dem Reichstag der große Wurf gelingen wird. Gewiß werden wir über

die Frage der Todesstrafe

zum Streit kommen. Wir können aber den Streit um die Todesstrafe sehr wenig ausfechten, denn es handelt sich hier um die politische Zweckmäßigkeitsfrage, ob der Staat jetzt schon nach dem Stande der Kriminalität in der Lage ist, auf das äußerste Strafmittel zu verzichten. Eine weitere Streitfrage kann die Bestimmung über den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bilden. Ich würde es für richtig halten, wenn der ehrlose Verleumder mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft wird. (Beifall.) Im Ausschuß werden wir diese Einzelheiten durchnehmen können. Das Deutsche Bürgerliche Gesetzbuch mit seinen 2385 Paragraphen und 218 Einführungsartikeln ist in kaum einem halben Jahr vom Reichstag im Plenum und Ausschuß verabschiedet worden. Wir müssen das Strafrecht entpolitisieren. Kommt die Strafrechtsreform jetzt nicht zustande, dann erreichen wir sie in absehbarer Zeit überhaupt nicht. Die im Zusammenhang mit Oesterreich gehegten nationalen Erwartungen würden dann enttäuscht, vielleicht niemals mehr erfüllt werden. Es kommt entgegen auf den guten Willen an. Ist er vorhanden, dann kann dem Reichstag das große Werk gelingen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Landsberg (Soz.): Es gibt Dinge, in denen wir trotz aller politischen Trennungslinien alle übereinstimmen. Dazu gehört die Verehrung des Verehrungswürdigen. Sie werden mich wohl alle als Ihren Herold gelten lassen, wenn ich meine aufrichtige Bewunderung und meine Freude aussprache über die wunderbare Rede des verehrten Vorredners, in der sich die Weisheit des Alters mit dem schönen Eifer der Jugend vereint hat und mit der unsere Verhandlungen in würdigster Weise eingeleitet worden sind. (Lebhafter Beifall bei allen Parteien.) Es ist für uns ein erhebendes Gefühl, hier zugleich für unsere österreichischen Brüder ein Gesetz zu beraten. Wollen wir aber so ein gemeinsames Strafgesetzbuch für das deutsche Volk in beiden Ländern schaffen, dann muß es als Ausdruck des allgemeinen Willens anerkannt werden können. Dann aber werden sehr wesentliche Aenderungen des Entwurfs notwendig sein. Wir Sozialdemokraten verlangen nach dem Beispiel Oesterreichs die Beseitigung der barbarischen Todesstrafe aus unserem Strafgesetzbuch. Ihrer Beibehaltung werden wir den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Der Entwurf enthält sehr viel Gutes.

Abg. Dr. Barth (Dn.): Der Minister Hergt ist noch nicht so lange im Amt, daß er imstande gewesen wäre, deutschnationale Grundsätze in die Vorlage hineinzuarbeiten. Wir haben gegen den Entwurf schwere Bedenken vorzubringen, freuen uns aber über die Begründungsrede des Ministers. Der Entwurf enthält noch aus der Zeit des sozialdemokratischen Ministers Radbruch viele Gesichtspunkte, die wir nicht billigen können. Wir halten es für einen sehr gefährlichen Grundsatz, weniger die Tat, als die Gesinnung des Täters zu prüfen. Viele bisherige Verbrechen sollen jetzt nur noch Vergehen sein. Wie schwer ist dem Verbrechen des Meineids beizukommen und doch soll es künftig nur noch mit Gefängnis bestraft werden. Bestechungen sind auf das Sechsfache, Amtsunterschlagungen auf das Vierfache der Vorkriegszeit gestiegen, weil nach der Revolution Elemente in die Beamtenschaft gekommen sind, die nicht hineingehören, und doch sollen diese Delikte künftig mit Geldstrafe geahndet werden können. Wir behalten uns Abänderungsanträge für Beseitigung der zahlreichen Milderungen vor, die dieser Entwurf bringt. Merkwürdig ist, daß die Sozialdemokratie die Abschaffung der Todesstrafe verlangt, während sie bei der Schaffung des Republik-Schutzgesetzes selbst diese Strafe für alle möglichen Vergehen einführen wollte. Solange die Vorkämpfe frei seien, müsse man auf der anderen Seite die Schlägermensuren freilassen. Wir begrüßen den Angleich an Oesterreich, ebenso wichtig halten wir aber die Angleichung an die alten Rechtsgüter.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 14 Uhr. Schluß nach 19 Uhr.

Neues vom Tage

Schwerer Gerüsteinsturz in Berlin — Vier Tote.

Gestern vormittag stürzte auf dem Ausbesserungswerk am Bahnhof Niederschöneweide ein dort aufgestelltes Gerüst aus noch nicht bekannter Veranlassung in sich zusammen. Dabei wurden vier Arbeiter getötet und vier schwer verletzt.

Zigarrendiebe rauchen Probe.

In einer Berliner Zigarrengroßhandlung wurde Dienstagnacht ein großer Einbruchsdiebstahl verübt. Den Dieben fielen Tabakwaren, hauptsächlich Zigarren; im Werte von ungefähr 25 000 Mark in die Hände. Sie waren dabei sehr wählerisch und kosteten die verschiedenen Sorten, von denen sie nur die besten mitnahmen. Der Boden des Raumes war mit angerauchten Zigarren bedeckt.

Sechs Personen in der Ostsee ertrunken.

Die Rostocker Segeljacht Schwalbe geriet bei der Rückfahrt von Müritz am Sonntag in Seenot. Das Rettungsboot der dänischen Fähre „Alexandrine" konnte nur zwei Studenten retten, während die übrigen sechs Insassen, eine Studentin und fünf Studenten, ertranken.

Von einem Grenzpolizisten erschossen.

Als in der Nacht zum Sonntag eine Besitzerstochter aus Heydekrug (Memel-Gebiet) vom Baden zurückkehrte, traf sie unterwegs einen litauischen Grenzpolizisten, der sie unter dem Verdacht des Schmuggels anhielt. Als die Besitzerstochter einige Schritte weiter machte, gab der Grenzpolizist einen Schuß auf sie ab, an dessen Folgen sie nach anderthalb Stunden starb.

Zehn Schafe durch einen Zug getötet.

Auf der Strecke Sangerhausen—Wallhausen ließ ein Güterzug Dampf ab, wodurch eine unweit davon weidende Schafherde in Schrecken geriet. Die Schafe stürmten auf den Bahndamm und wurden vom Zuge überfahren. Zehn Schafe wurden getötet.

Der letzte Ueberlebende des Kanonenbootes „Iltis".

Der in Hannover im Ruhestande lebende Stabszahlmeister A. Loß ist nach langen schweren Leiden gestorben. Der Verstorbene, einer alten stadthannoverschen Familie entstammend, gehört einst zu der Besatzung des im Jahre 1903 in einem Taifun in den chinesischen Gewässern untergegangenen Kanonenbootes „Iltis". Da er sich während dieser Katastrophe gerade auf einem Landkommando befand, so entging er dem Tode. Das Kanonenboot ging damals mit einem von dem Kommandanten, Kapitänleutnant Grann, ausgebrachten Hoch auf den Kaiser unter.

Ein Racheakt in der Tierwelt.

Ein wohl in der Tierwelt nicht oft vorkommender Fall konnte in Allermöhe (Bez. Hamburg) vor einigen Tagen beobachtet werden. Ein Storchenpaar, das hier im Frühjahr sein Nest bezogen hatte, war auf der Futtersuche einige Minuten vom Nest verschwunden. Während dieser Zeit erschien ein zweites Storchenpaar, tötete die Jungen durch Schnabelhiebe und warf sie dann zum Nest hinaus. Als die Alten zurückkehrten, hatten die Täter schon das Nest verlassen. Da schon im Frühjahr Streit um das Nest entstand, ist anzunehmen, daß es sich um einen Racheakt handelt, den man bisher hier noch nie beobachtet hat.

Familientragödie.

Als die 11jährige Enkelin des Gastwirts Fischer von Döfering (Bayern) aus der Schule nach Haus kam, fand sie ihren Großvater blutüberströmt im Hausflur liegen. Auf die Hilferufe der Kleinen eilten Nachbarsleute herbei, die in der Küche die Ehefrau Fischer und die 24jährige Stieftochter tot auffanden. Nach dem Untersuchungsergebnis dürfte Fischer zuerst seine Ehefrau und seine Stieftochter und dann sich selbst mit einem Jagdgewehr erschossen haben. Der Mörder sollte sich in den nächsten Tagen vor dem Amberger Landgericht wegen unerlaubter Beziehungen zu seiner Stieftochter verantworten.

Das dicke Ende kommt nach.

Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Washington wird der amerikanische Flieger Lindbergh demnächst Steuern für ein Einkommen von 400 000 Dollar bezahlen müssen. Diese Summe besteht aus 25 000 Dollar des Orteigpreises für seinen Flug, 100 000 Dollar für das Veröffentlichungsrecht seiner Berichte über den Flug, 100 000 Dollar für ein demnächst erscheinendes Buch, den gleichen Betrag für eine Reihe von Vorlesungen, außer dem Gehalt, das er demnächst erhalten werde.

Der Reichsschulgesetzentwurf fertiggestellt

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtber.) **Der Entwurf des Reichsschulgesetzes ist im wesentlichen fertiggestellt und wird schon in den nächsten Tagen das Reichskabinett beschäftigen. In dem Entwurf werden alle drei Schularten — Simultan, konfessionelle und weltliche Schule — als gleichberechtigt anerkannt. Der Entwurf dürfte nach Beratung im Kabinett sofort dem Reichstag zugehen.**

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist eine Einigung unter den Regierungsparteien noch nicht erzielt worden. Der Gedanke, das Schulgesetz durch einen Initiativantrag der Regierungsparteien einbringen zu lassen, wird erwogen, um auf diese Weise wenigstens eine erste Lesung des Gesetzentwurfs noch vor der Sommerpause zu erreichen.

Kleine Meldungen

wtb. Berlin, 21. Juni. Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing heute den litauischen Staatspräsidenten Woldemaras, der ihm in Begleitung des litauischen Gesandten einen Besuch machte.

wtb. Moskau, 21. Juni. (Radio.) Heute traf Tschitscherin hier ein. Er wurde von Mitgliedern des Außenkommissariats und dem deutschen Geschäftsträger, Botschaftsrat Hey, begrüßt.

Vor der außenpolitischen Debatte

vdz. Berlin, 21. Juni. (Radio.) Für die außenpolitische Debatte, die am Donnerstag im Reichstag beginnen soll, werden die Vorbereitungen von den Regierungsparteien in einer interfraktionellen Besprechung getroffen werden, die für Mittwochvormittag angesetzt ist. In der interfraktionellen Besprechung wird bestimmt werden, ob eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien zur Außenpolitik in Frage kommt, oder ob die einzelnen Koalitionsparteien das Wort nehmen werden. Voraussichtlich wird das letztere der Fall sein. Die Deutsche Volkspartei wird dann in der Rednerliste durch den Abg. Dr. Zapf, Rechtsanwalt aus Zweibrücken, vertreten werden, da es sich diesmal hauptsächlich um die Besatzungsfrage handelt. Vom Zentrum wird der Abg. Kaas sprechen, dem die Abgabe der gemeinsamen Erklärung der Regierungsparteien obliegen würde, falls eine solche beschlossen werden sollte. Von den übrigen Rednern ist bisher nur der Abg. Breitscheid für die sozialdemokratische Fraktion bestimmt worden.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist zu Freitag einberufen worden, um einen Bericht des Außenministers entgegenzunehmen. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Mittwoch die Parteiführer über die außenpolitische Lage unterrichten wird.

Berliner Konferenz der Landesfinanzminister

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtber.) Das Reichsfinanzministerium hat, wie die „Voss. Ztg." erfährt, telegraphisch die Finanzminister der Länder zu einer Besprechung über die Beamtenbesoldung nach Berlin auf den morgigen Mittwoch eingeladen. Bekanntlich ist beabsichtigt, daß bei der Beratung des Reichstagsausschusses über die finanziellen Auswirkungen der Beamtenbesoldung die Finanzminister der Länder zugegen sein werden.

Der unzufriedene Landbund

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtber.) Der „Deutschen Tageszeitung" zufolge nennt der Landbund in einer Erklärung die vom Reichskabinett in Aussicht genommene Regelung der Zollsätze eine schwere Enttäuschung für die deutsche Landwirtschaft. Der Kartoffelzoll von 1 Mark je Doppelzentner sei völlig unzureichend. Der Landbund erwartet vom Reichstag eine erhebliche Heraufsetzung des autonomen Satzes und die Festsetzung eines den Schutz des heimischen Kartoffelbaues gewährleistenden Mindestsatzes. In der geplanten Neuregelung des Zolltarifs erblicke der Reichslandbund eine Schädigung der Grundlagen, insbesondere der bäuerlichen Wirtschaften und der ländlichen Siedlungen.

Machiavelli

Zu seinem 400. Todestage am 22. Juni 1927.

Machiavelli —, das ist einer jener Personennamen, die schon fast alles Persönliche verloren und sich zu abstrakten Schlagworten gewandelt zu haben scheinen.

Machiavelli —, das bedeutet: Inbegriff einer Staatslehre von übermenschlicher, moralloser Zielstrebigkeit.

„Machiavellismus" —, das ist die Staatskunst, die für den politischen Zweck jedes, auch das verbrecherische Mittel wählt, wenn es nur den Erfolg verbürgt.

Mit dieser extremen Lehre mußten sich die Staatsmänner stets von neuem theoretisch und praktisch auseinandersetzen. Theoretisch zwar hält man es immer wieder für tunlich, die von pharisäischer Heuchelei oder philiströsem Unverstand verunstalteten Grundsätze des Renaissance-Politikers zu „widerlegen"; praktisch aber zeigt es sich auch immer wieder, daß der untrügliche Scharfblick und die verstandesklaren Formulierungen des großen Florentiners den Nagel auf den Kopf treffen. Ein beredtes Beispiel für solchen Unterschied von Theorie und Praxis ist Friedrich der Große, der als idealistischer junger Prinz seinen „Antimacchiavell" schrieb, später aber durch manche seiner weltgeschichtlichen Taten sich durchaus als Schüler des einst Befehdeten erwies. Fichte war es dann, der im Sommer 1807 — als er seine „Reden an die deutsche Nation" abfaßte — in der Schrift „Inwiefern Machiavellis Politik auch noch auf unsere Zeiten Anwendung habe", rühmende Worte für die zeitüberdauernde staatsphilosophische Bedeutung des Italieners fand und einen nicht ganz unzutreffenden Vergleich zwischen dem deutschen Schicksal seiner Tage und dem im 16. Jahrhundert ebenfalls unter fremdem Joch schmachtenden Vaterlande Machiavellis anstellte. Zu ungeahnter und lebendiger Bedeutung aber ist der Verfasser des „Principe" im modernen Italien gelangt: seine Gedanken waren es vor allem, die Mussolini in der faschistischen Umwälzung verwirklichte, und der „Duce" trug nur den Tribut schuldigen Dankes an den geistigen Ahnen ab, als er seine berühmte, der Universität Bologna gewidmete Schrift über Machiavelli verfaßte.

*

Zwischen Ruhm und Verachtung bei der Nachwelt schwankte Werk und Geist Nicolo Machiavellis; gleich wechselvoll spielte sich sein an Erfolgen und Enttäuschungen reiches Leben ab.

Am 3. Mai 1469 wurde er als Sproß einer alten, aber verarmten Florentiner Patrizierfamilie in der dazumal im höchsten Glanze der Mediceer-Epoche blühenden, gottgeliebten Stadt am Arno geboren.

Der große Lorenzo dei Medici hatte für Florenz ein goldenes Zeitalter heraufgeführt, sammelte Künstler und Gelehrte um sich und sorgte in wahrhaft königlicher Weise für die Ausbildung begabter Söhne unbemittelter Familien. Auch der junge Machiavelli hatte seine ausgezeichnete humanistische Bildung dem Mäcenatentum Lorenzos zu verdanken; trotzdem trat er — dessen staatsmännische Begabung frühzeitig erkannt wurde — nach dem Tode Lorenzos und der Vertreibung von Lorenzos ungleichem Sohn und Nachfolger Piero zu den Gegnern des Medici über. Er bekleidete in der unter dem Gonfalonier Soderini neuerrichteten Republik Florenz verschiedene ansehnliche Aemter, ja er brachte es bis zur Stelle eines Staatssekretärs und wurde mehrmals mit wichtigen Missionen an die Höfe von Frankreich, Oesterreich und Rom betraut, über die er in ausführlichen, nach Inhalt und Form ausgezeichneten Botschaftsberichten seiner Behörde Rechenschaft ablegte. Für die Entwicklung seiner Ideenwelt sollte von besonders entscheidender und zukunftsträchtiger Eindruckskraft jene Gesandtschaft werden, die ihn ins Feldlager Cesare Borgias des gefürchtetsten Repräsentanten der gewalttätigen und skrupellosen Renaissancepolitik, führte, der damals in der Romagna wie ein Tiger gegen die kleine Stadtstaaten wütete und sich mit allen nur erdenklichen Mitteln ein eigenes monarchisches Herrschaftsgebiet zusammenzurauben versuchte. Hier — etwa bei dem Blutbade von Sinigaglia, wo Cesare eine ganze Reihe der zu vorgespiegelter Versöhnung versammelten italienischen Fürsten hinterlistig ermorden ließ — sah Machiavelli manche jener Maximen in die Tat umgesetzt, die den Lehren seines „Principe" zu dem Rufe der Moralosigkeit verholfen haben.

Als im Jahre 1512 Papst Julius II. die Mediceer zurückführt und den Kardinal Giovanni (den späteren Papst Leo X.), sowie Giuliano dei Medici, die jüngeren Söhne Lorenzos, wieder in die Herrschaft über Florenz einsetzt, wird Machiavelli von der Staatsverwaltung entfernt und verbannt. Als Giovanni dei Medici den päpstlichen Stuhl bestiegen hat, darf Machiavelli zwar nach Florenz zurückkehren, doch es gelingt ihm nicht, seine ehemalige Stellung wieder zu erlangen. Unablässig macht er Versuche, das Vertrauen der Medici zu gewinnen, ohne jedoch die Gewalthaber von der Zuverlässigkeit seiner Person überzeugen zu können. Anderseits verscherzte er sich durch solche Bemühungen um die monarchische Gunst die Freundschaft seiner republikanischen Parteigenossen von ehemals. Einsam und ohne Freunde vertrauert er seine Tage in der ländlichen Abgeschiedenheit. Die verzweifelte Stimmung über schwere materielle Sorgen sucht er immer häufiger durch Trunk und derbe Sinnenfreuden zu verscheuchen, dadurch gerät er in den Ruf eines ausschweifenden Lebemannes, und neue Widersacher gesellen sich zu den alten.

Doch diese an äußerer Tätigkeit arme Zeit weckt den Schriftsteller in ihm. Er verfaßt nach antiken Vorbildern einige Komödien — u. a. die lustige „Mandragola" —, die, obschon in ihren leichtfertigen Stoffen die Grenze des Zulässigen oft überschreitend, durch scharfe Charakteristik und witzigen Dialog ähnliche Werke der Zeit weit übertreffen.

Vor allem aber formuliert Machiavelli seine politischen Gedanken. Es entsteht seine Abhandlung über die erste Dekade des Livius, sowie sein berühmter Fürstenspiegel: „Il principe".

Einen Lichtblick in sein Dasein wirft der ehrenvolle Auftrag der Stadt Florenz, ihre Geschichte zu schreiben. Er entledigt sich dieser Bestellung in seiner ausgezeichneten „Florentiner Geschichte", der ersten modernen Geschichtsgestaltung Italiens. Weitere Werke sind dann noch sein „Dialog über die Kriegskunst", mit dem er schon das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht fordert, und die Biographie des Feldherrn Castruccio Castracani.

Für seine „Florentiner Geschichte" setzte man ihm eine Pension aus, ja, er wird sogar wieder mit kleinen politischen Sendungen beauftragt. Als im Mai 1527 die Medici wiederum aus Florenz vertrieben werden, hofft Machiavelli noch einmal auf völlige Wiedereinsetzung in seine früheren Aemter, aber vergeblich, er muß einem geringeren Geiste den Vortritt lassen. Diese letzte Enttäuschung überwindet der ehrgeizige Mann nicht mehr; am 22. Juni 1527 stirbt er in tiefer Verbitterung.

*

Machiavellis wichtigstes und aufschlußreichstes Werk, der „Fürst", hat mancherlei Rätsel aufgegeben. Warum, so fragte man sich, entwarf der einstige Republikaner dieses Idealbild eines Monarchen? Wie konnte der kluge und rechtliche Denker verruchte Grundsätze verfechten, die nur einem Cesare Borgia angemessen sind? Ranke war es, der in seiner lichtvollen Art wohl die zutreffendste Erklärung gab: „Machiavelli suchte die Heilung Italiens, doch der Zustand desselben schien ihm so verzweifelt, daß er kühn genug war, ihm Gift zu verschreiben." Nur in der Tat einer rücksichtslos das große Ziel verfolgenden Persönlichkeit sah Machiavelli das Heil Italiens. Der patriotische Ernst aber, mit dem er immer wieder Freiheit und Wohlergehen des Vaterlandes ins Auge faßt, macht ihn auch für die späteren Jahrhunderte und für den Nicht-Italiener zu einem großen politischen Lehrmeister.

Mag man manche seiner Lehren als zeitbedingt und überholt ablehnen, für das Ganze seines politischen Ideenkreises gilt unvermindert das rühmende Wort Nietzsches: „Er machte sich nichts vor!" Die von bürgerlicher Moral allerdings oft meilenfernen Grundsätze, die für die Politik im großen und ganzen, wenn auch uneingestandenermaßen, noch heute gelten —, der Florentiner Niccolo Machiavelli hat sie als erster ohne Schönfärberei auf eine klare, einfache Formel gebracht.

Lipperland

Der „Zweite Reichskriegertag" in Berlin

Am 80. Geburtstage des Reichspräsidenten von Hindenburg.

Nach einer Mitteilung des Präsidenten des Reichskriegerbundes „Kyffhäuser", Generals der Artillerie von Horn, an sämtliche Bezirksverbände ist für den 1. und 2. Oktober in Berlin stattfindenden „Zweiten Reichskriegertag" folgendes Programm aufgestellt: Am Nachmittag des auf einen Sonntag folgenden 2. Oktober werden die Landesverbände an bevorzugter Stelle bei der Auffahrt des Herrn Reichspräsidenten zur Entgegennahme der Huldigung der deutschen Jugend im Stadion Spalier bilden. Die Vorüberfahrt wird so langsam und nah erfolgen, daß jeder Kamerad in der Aufstellung dem Heerführer aus großer Zeit ins Auge schauen kann. Am Anfang der Aufstellung wird General v. Horn dem Herrn Reichspräsidenten, der bekanntlich Ehrenvorsitzender des Bundes ist, die Glückwünsche zum 80. Geburtstag aussprechen. Am Montag, 3. Oktober, um die Mittagszeit wird im Stadion der feierliche Aufmarsch der Kriegervereine mit ihren Fahnen vor sich gehen. Wenn der Generalfeldmarschall aus naheliegenden Gründen hierzu sein Erscheinen noch nicht bestimmt in Aussicht stellen kann, so ist doch mit Sicherheit zu erwarten, daß der Herr Reichspräsident erscheinen wird, um von mehr als 100 000 seiner Kriegskameraden Begrüßt zu werden. Der „Zweite Reichskriegertag" soll keine politische Demonstration bedeuten, vielmehr zum Ausdruck bringen, daß der Sinn für Kameradschaft, Ordnung und deutsches Nationalgefühl das Fundament ist, das Millionen alter Soldaten im Deutschen Reichskriegerbund „Kyffhäuser" zusammenhält.

Sonntagsrückfahrkarten nach den Nordseebädern

Die Reichsbahndirektion Hannover hat nun auch von Detmold Sonntagsrückfahrten nach den Nordseeinseln ausgegeben. Die Karten sind gültig zur Hinfahrt von Sonnabend 0 Uhr (12 Uhr nachts). Die Rückfahrt braucht erst Montag mit dem ersten Dampfer angetreten zu werden. Es sind folgende Karten erhältlich:

Nach **Borkum** über Herford, Bünde, Osnabrück, Rheine, Emden, 2. Kl. 37,20 ℳ, 3. Kl. 28 ℳ, 4. Kl. 22 ℳ.

Nach **Borkum** über Altenbeken, Gesek, Münster, Rheine, Emden, 2. Kl. 44,40 ℳ, 3. Kl. 32,80 ℳ, 4. Kl. 26,20 ℳ.

Nach **Langeoog** über Herford, Bünde, Osnabrück, Rheine, Norddeich, 2. Kl. 40 ℳ, 3. Kl. 29,80 ℳ, 4. Kl. 23 ℳ.

Nach **Langeoog** über Herford, Bünde, Osnabrück, Ahlhorn, Jever, Esens, 2. Kl. 35,80 ℳ, 3. Kl. 25,70 ℳ, 4. Kl. 18,70 ℳ.

Nach **Juist** über Herford, Bünde, Osnabrück, Rheine, Norddeich, 2. Kl. 36,80 ℳ, 3. Kl. 28,10 ℳ, 4. Kl. 21,90 ℳ.

Nach **Norderney** über Herford, Bünde, Osnabrück, Rheine, Norddeich, 2. Kl. 35 ℳ, 3. Kl. 24,80 ℳ, 4. Kl. 17 ℳ.

Nach **Spiekeroog** über Herford, Bünde, Osnabrück, Ahlhorn, Carolinensiel, 2. Kl. 35 ℳ, 3. Kl. 23,80 ℳ, 4. Kl. 29 ℳ.

— **Lipp. Berufsschulverein.** Die 6. Hauptversammlung des Lipp. Berufsschulvereins wird am Sonnabend, 25. Juni, nachmittags 3½ Uhr, bei Huneke in Lage stattfinden. Direktor **Krawinkel**-Detmold wird einen Vortrag halten über die Bildungsaufgaben und die Bildungswege der Berufsschule.

— **Das 13. Deutsche Bundesschießen**, das in der bayerischen Hauptstadt abgehalten wird, naht heran. Am 9. Juli wird das Fest mit der Uebergabe des Festplatzes vor der Bavaria durch den Künstler- und Festausschuß eröffnet. Wie bei den früheren Bundesschießen erscheint auch diesmal eine Festzeitung von sieben Nummern, die für alle Teilnehmer eine dauernde Erinnerung sein soll. Hervorragende Mitarbeiter des geistigen und künstlerischen Münchens sind hierzu gewonnen. Die erste Nummer im Umfang von 64 Seiten ist soeben ausgegeben worden und enthält eine große Anzahl Artikel und Abbildungen sowie eine Kunstbeilage in Vierfarbendruck. Bezugspreis für alle Nummern 5 ℳ, Einzelnummer 75 ₰.

— **Mahraun in Bünde.** Von jungdeutscher Seite wird uns geschrieben: Auf Einladung der Ballei Minden-Ravensberg nehmen der Hochmeister, Artur **Mahraun**, und der Ordenskanzler, Otto **Bornemann**, am 25. und 26. d. Mts. an deren Tagung in Bünde teil. Beide werden sowohl im Stadtgarten-Bünde wie auch im Schützenhof-Ennigloh sprechen. Der Hochmeister wird außerdem am Sonntagnachmittag anläßlich einer großen Kundgebung im Stadtgarten — man rechnet mit einer Beteiligung von mehr als 5000 Ordensbrüdern — eine Ansprache halten. Auch aus allen lippischen Einheiten werden zahlreiche Jungdeutsche teilnehmen.

— **Aus dem lippisch-waldeckischen Grenzgebiet.** Die angedeuteten Bezirke, die etwa die Gebiete Blomberg—Barntrup—Bad Pyrmont umfassen, arbeiten eifrig an einer Verkehrsverbindung durch die zwischen diesen Endpunkten liegenden Ortschaften. Nachdem die Oberpostdirektion schon vor kurzem die Einrichtung einer Kraftpostlinie durch dies Gebiet abgelehnt hatte bis zu dem Zeitpunkte der Eröffnung der Extertalbahn, haben sich die in Frage kommenden Orte erneut mit der Angelegenheit befaßt. Auf Einladung des Gemeindevorstehers **Sprute** in Eschenbruch fand in diesen Tagen in Hagen bei Pyrmont eine Besprechung zwischen den Bürgermeistern der den Kreis Blomberg, Barntrup und Pyrmont einschließenden Gemeinden statt. Da der Plan einer Weiterführung der Extertalbahn nach Pyrmont vorläufig nicht erwogen werden kann, so wurde eine Kommission gewählt, die die Einrichtung eines täglichen Kraftpostverkehrs von Blomberg—Barntrup—Hagen—Bad Pyrmont bei der Oberpostdirektion beantragen soll. Es würde damit eine gute Verbindung geschaffen, wodurch die Extertal-Endstation in Barntrup und die Straßenbahnlinie in Blomberg einander nähergebracht würden.

Detmold

— **Ihren 88. Geburtstag** feiert heute Fräulein Auguste **Gieseler**, Damenheim, Lagesche Str. 37. Fräulein Gieseler, die einer alten Detmolder Familie entstammt, war über ein Menschenalter hindurch in England, wo sie als Gouvernante in den ersten englischen Familien tätig war. Erst seit wenigen Jahren weilt sie wieder in ihrer Heimatstadt, um hier ihren Lebensabend zu verbringen. Wir gratulieren Frl. Gieseler zu ihrem heutigen Wiegenfest herzlich und wünschen dem Geburtstagskinde auch fernerhin gutes Wohlergehen.

— **Das Fürsorgeamt der Stadt Detmold** schreibt uns: Zwecks Beschaffung von Heizmaterial für den Winterbedarf können nicht im Erwerbsleben stehende Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene einen Vorschuß bis zur Höhe der monatlichen Zusatzrente erhalten, der in monatlichen Raten von der Zusatzrente gekürzt wird. Die Vorschüsse werden nur dann bewilligt, wenn sie zum Einkauf von Wintervorräten verwandt werden. Hierüber ist uns der Nachweis zu erbringen. Diejenigen Kriegsbeschädigten u. Kriegerhinterbliebenen, welche hiervon Gebrauch machen wollen, müssen sich bis spätestens 3. Juli 1927 auf dem Fürsorgeamt — Rathaus, Zimmer Nr. 7 — melden. Später eingehende Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

— **Schmückt Euer Heim mit Blumen!** Der Anregung des Lippischen Obst- und Gartenbauvereins, Detmolds Straßen durch Blumenschmuck ein einladendes Aussehen zu geben, sind viele Bürger gefolgt. Auch das Rathaus prangt neuerdings im Blumenschmuck und bildet eine Zierde unseres schönen Marktplatzes. Noch ist es Zeit, nachzueifern und sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Schöne Preise sind für die besten Balkon-, Fenster- und Vorgärten-Ausschmückungen in Aussicht gestellt. Wer prämiiert werden will, kaufe sich Blumen bei den Gärtnern, pflege sie und sende seine Adresse bis zum 1. Juli an den Lippischen Obst- und Gartenbauverein Detmold. Die ersten Besichtigungen werden durch die Preis-Kommission demnächst vorgenommen.

— **Fundsachen.** Als gefunden sind in der vergangenen Woche folgende Gegenstände auf dem Fundbüro, Zimmer Nr. 5 des Rathauses, angemeldet worden: Herrenfahrrad, Damenhandtasche, goldenes Armband, ein Paar lederne Handschuhe, Tischdecken.

— **Das Johannisfest der Buchdrucker**, das alljährlich wiederkehrende Stiftungsfest der Ortsgruppe Detmold im Verbande der Deutschen Buchdrucker, findet am kommenden Sonnabend, 25. Juni, im Neuen Kruge statt. Johannisfeste haben ihre uralte Tradition; schon im Mittelalter feierten die Buchdrucker dieses Fest als Gedenktag an den Erfinder der Buchdruckerkunst Johannes Gutenberg, Johannisfest — Fest der Sonnenwende — Fest des Lichtes — Symbol der Verehrung für den Lichtbringer der Menschheit. — Auch in diesem Jahre wird alles aufgeboten, um den Angehörigen des graphischen Gewerbes und ihren Gästen einige genußreiche und fröhliche Stunden zu bereiten. Neben einigen gesanglichen Darbietungen der Buchdrucker-Sänger wirken ein gutes Orchester sowie eine schätzenswerte Kraft vom Landestheater mit. Ein Festball wird diese Feier beschließen.

— **Krummes Haus.** Am Donnerstag nachmittag 3½ Uhr sowie Donnerstag abend 8¼ finden große Militär-Konzerte unter Leitung des Herrn Obermusikmeister Mietusch statt.

— **Friedenstal.** Heute findet wieder ein Waffeltag statt, verbunden mit Künstlerkonzert, worauf wir an dieser Stelle besonders hinweisen.

Bad Salzuflen

— **Der Zehntausendste!** Die soeben erschienene amtliche Kurliste des Bades verzeichnet 10 020 Kurgäste. Der Jubiläumskurgast, der als zehntausendster eingetroffen ist, war ein Kind aus Charlottenburg, das am Sonntag bereits auf der Salzufler Bildfläche erschien. Von besonderen Empfangsfeierlichkeiten, wie sie früher schon bei dem fünftausendsten Kurgast mit Morgenständchen usw. üblich waren, hat man abgesehen und will damit warten, bis der Sommer den 25tausendsten Kurgast bringt. Dann aber!!

— **Vom Bade.** Auf die Mittwoch-Militärkonzerte weisen wir nochmals empfehlend hin. Abends soll bei guter Witterung ein großes Feuerwerk abgebrannt werden. — Für Donnerstag ist wieder eine große Tanzunterhaltung angesetzt. — Senff-Georgis „Lustiger Abend" am Freitag, dem 24. d. Mts., im Theatersaale dürfte lebhaftem Interesse begegnen. Die „Berliner Börsenzeitung" schrieb über einen Abend im Beethovensaale zu Berlin u. a.: „Ein Senff-Georgi-Abend" ist potenzierte Heiterkeit, eine Lichtquelle im düsteren Grau des Heute, gesunder frischer Humor. Es geht wie eine ansteckende Gesundheit durch den Raum, sobald Senff-Georgi auf dem Podium erscheint, denn es ist etwas Suggestives in seiner Art, wie er, unterstützt von einem fabelhaften Gedächtnis, das Wort meistert, jeden Dialekt beherrscht, in Geste und Mimik das Gesprochene so lebendig unterstützt und illustriert, daß er ein tausendköpfiges Publikum ein paar Stunden hindurch in dauernder Heiterkeit zu halten vermag. Das ist das köstliche Geschenk, daß er seinem Publikum immer und immer wieder mitbringt: Lachen, herzerquickendes Lachen für alle, und auch für die, die es fast verlernt haben.

— **Mit dem Bau der jüdischen Siedlungshäuser**, die bekanntlich auf dem Siedlungsgelände der Asenberger Heide erstehen sollen, ist Mitte voriger Woche begonnen worden. Ein 4-Familienwohnhaus wird am Lehmstich erstehen. Die Bauausführung ist dem Baugeschäft Gebr. Remmert übertragen worden. Ein 2-Familien-Doppelhaus, das an der Pohlmannstraße zu stehen kommt, wird durch Maurermeister W. Brand hergestellt. Je ein 2-Familienhaus soll am Lehmstich errichtet werden. Die Bauausführung dieser Häuser ist in die Hände des Maurermeisters Karl Meier und des Maurermeisters Johannes Krey gelegt worden. Mit der Fertigstellung der Häuser, für die der 1. Oktober in Aussicht genommen ist, werden 12 Familien von ihren Wohnungssorgen befreit werden. Die Wohnungen enthalten 3 Wohnräume und Küche, so daß sie den mittleren Wohnungsansprüchen zu dienen vermögen.

— **Das Symphoniekonzert**, welches als drittes in dieser Kurzzeit neben einer Suite von G. Ph. Telemann für Streichmusik u. Klavier, Werke von Gluck, Mozart und Haydn auf dem Programm verzeichnete, war nur leidlich besucht, obwohl es, entsprechend der Güte des Gebotenen, ein besseres Haus verdient hätte. Zu Anfang spielte man die Telemannsche Suite, der man sowohl seitens der Streichinstrumente wie auch des vom Kapellmeister Reichert gemeisterten Klaviers mit ersichtlicher Lust und Liebe zu Leibe ging, ohne das rein Gefühlsmäßige auf Kosten einer exakten und sauberen Ausgestaltung außer Acht zu lassen. Mit der vortrefflichen Wiedergabe von Glucks Reigen seliger Geister aus Orpheus und Eurydice wurde man dem Schaffen eines zu Unrecht in heutiger Zeit vernachlässigten Großen im Reiche der Töne gerecht und erreichte durch seine Klangschattierung eine eingängliche Ausdeutung dieses von visionärer Begeisterung durchglühten Orchesterstücks. Endlich zeigte sichs mit der D-dur-Symphonie von Mozart, daß auch dem modernen Ohr gegenüber das Schaffen des göttlichen Meisters an Frische nichts eingebüßt hat, und daß beschwingte Leitung und schmiegsames Orchester noch immer dankbare Zuhörer finden, wenn sie an Mozart selbst die rechte Freude haben. Die Solisten des Abends, Frau Elsa Suhrmann aus Gelsenkirchen, darf bezüglich ihrer Stimme eine besondere Aufmerksamkeit beanspruchen, denn sie weiß die Ueberzeugung zu verbreiten, daß sie auf Grund ihres einschmeichelnden Soprans, ihres warmblütigen Temperaments und ihrer technischen Sicherheit die Sympathie jedes Publikums erringen kann. Wenn hier und da, besonders in der Höhe, noch Härten sich zeigen wollen, wenn ihrem Liedgesange noch eine gewisse Schwere anhaftet, die namentlich dem Triller Leuchtkraft und Leichtigkeit noch raubt, so schädigt das den äußerst vorteilhaften Gesamteindruck nicht und vermag das Bewußtsein nicht zu beeinträchtigen, daß hinter solchem Gesange ein künstlerisch empfindender Mensch steht. Sto'z wie der Adler schwang sich ihre Stimme in der Schöpfungsarie zu lichter Höhe und fand, namentlich im Alleluja Mozarts, Gelegenheit, aus jubelnder Kehle die Hörer zu entzücken. Daß bei der dem allseitigen Beifall bewilligten Zugabe des Heideröslein noch reichlich Alleluja-begeisterung hineinklang, war zwar nicht gerade nötig, gereichte dem der Sängerin innewohnenden Temperament aber nur zur Ehre.

— **Auf dem Fundbüro** ist ein Taschenmesser abgegeben worden. Ferner ist ein schwarzer Hund (Dackel) zugelaufen. Falls derselbe innerhalb acht Tagen von dem Eigentümer nicht abgeholt ist, wird über ihn anderweitig verfügt.

— **Kurtheater.** Auf die Aufführung am Donnerstag, dem 22. Juni, abends 8 Uhr, wo die Lustspiel-Novität „Dover-Calais" von Julius Berstl in Szene geht, wird ganz besonders hingewiesen. Dieses Lustspiel hatte überall einen durchschlagenden Erfolg. Den Stoff hat Berstl äußerst unterhaltsam und witzig verarbeitet und in sich derart spannend geschildert, daß man sich unbedingt diese Aufführung ansehen muß. — Kartenvorverkauf einen Tag vor der Aufführung und am Aufführungstage vormittags 10—12½ und nachmittags von 4—6 Uhr. Eröffnung der Abendkasse um 7½ Uhr.

Lage

— **Ein Achtzigjähriger.** Am heutigen Tage feiert der altbekannte frühere Rendant der hiesigen Amtssparkasse, Herr Fritz Heumann, seinen 80. Geburtstag. Geboren 1847 in Hagen bei Lage, machte er 1870/71 bei unserem Heimat-Regiment 55 den Krieg gegen Frankreich ehrenvoll mit. Bei Gründung der Amtssparkasse Lage im Jahre 1906 wurde er durch das Vertrauen des Amtsgemeinderats zum Leiter derselben berufen und brachte dieses gemeinnützige Geld-Institut in unermüdlicher Tätigkeit zur größten ländlichen Sparkasse in Lippe. Seit 1917 lebt er im wohlverdienten Ruhestande und erfreut sich auch jetzt noch einer bewundernswerten Körper- und Geistesfrische. Der Amtsgemeinderat bzw. der Amtssparkassen-Vorstand ehrte seinen langjährigen, treuen Beamten an diesem Tage durch Ueberweisung einer sinnigen Festgabe.

Amt Schwalenberg

Nischenau, 21. Juni. **Landwirtschaftlicher Verein.** Am Sonnabend abend hatten sich im Vereinslokale bei Gastwirt Sonntag eine Anzahl Vereinsmitglieder aus Elbrinxen, Niese und Nischenau eingefunden, um über den diesjährigen Sommerausflug des Vereins zu beraten. Seit Jahrzehnten ist es Tradition geworden, im Juni oder Juli jeden Jahres eine gemeinsame Wagenfahrt zu unternehmen. Daran soll auch, wie beschlossen wurde, in diesem Jahre trotz der gemeinschaftlichen Reise zur Wanderausstellung Dortmund festgehalten werden. Man einigte sich auf folgende Sommerfahrt: Nischenau—Schwalenberg—Brakelsiek—Schieder—Siekholz—Eschenbruch—Lügde—Elbrinxen, also rings um das Waldgebiet des Schwalenberger Waldes und um den Winterberg bei Blomberg. Die Fahrt ist für den 9. Juli vorgesehen. Ein längerer Aufenthalt ist in Eschenbruch und Elbrinxen geplant. Abfahrt von Nischenau um etwa 8¼ Uhr. Hoffentlich findet zahlreiche Beteiligung statt. Am Schlusse der Versammlung wurden noch allerlei Gedanken ausgetauscht über den Besuch der Ausstellung in Dortmund.

Nischenau, 21. Juni. **Kriegerverein.** Die letzte Vereinsversammlung am Sonntag, 19. Juni, im Chausseehause befaßte sich hauptsächlich mit dem Abschlusse des Pfingsten stattgefundenen 50-jährigen Jubiläums. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden **Welling** gab der Rechnungsführer **Tölle** den genauen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des Festes. Da noch die Fuhren für die An- und Abfuhr des Zeltes festgelegt werden mußten, sowie die Pacht für die Deichwiese erhöht war, ergab sich infolge des regnerischen Wetters ein Fehlbetrag von rund 200 ℳ, sodaß für die Mitglieder ein besonderer Beitrag zu leisten war. Der Rechnungsabschluß wurde genau geprüft und für richtig befunden. An dem Preisschießen hatten sich ungefähr 50 Schützen beteiligt, unter die 19 Preise verteilt werden konnten. Bemängelt wurde die Art des Schießens, da jeder beliebig „nachsetzen" konnte. Für die Zukunft sei zu empfehlen, jedem Beteiligten nur eine bestimmte Anzahl Schüsse zuzubilligen. Dann gab der Vorsitzende einen allgemeinen Bericht über den Verlauf des Festes, wobei noch eine lebhafte Aussprache entstand. Dann wurde noch der Bundestag in Lemgo gestreift, zu dem als Delegierte der Vorsitzende und der Vorsitzende der Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten, Kamerad Müller, vom Verein gewählt sind.

Wörderfeld-Bahlhausen, 21. Juni. **Der Gesangsunterricht in der Volksschule.** Der Lehrerverein Volle a. d. W. hatte seine Mitglieder und die in den lippischen Grenzorten angestellten Lehrpersonen zu einer besonderen Tagung eingeladen, in der der Mitarbeiter des in den lippischen Schulen amtlich eingeführten „Liederhorns" von Hogrefe-Stolte, Herr Hogrefe-Hameln, einen ausführlichen Vortrag hielt über Ziel und Methode des Gesangunterrichts in der Volksschule. Anwesend in dieser Bezirksversammlung des Lehrervereins war auch Herr Schulrat Hohmann-Hameln. An Hand der „Richtlinien" für Preußen stellte Herr Hogrefe klar die Hauptstücke eines modernen Gesangsunterrichts heraus. Im 2. Teile seines Vortrages ging Hogrefe dann zu der Einführung in das Verständnis des Musikalischen über. Nachdem dann noch die Eitz'sche Tonwortmethode gestreift war, auf der der Aufbau des „Liederhorns" ruht, setzte eine lebhafte Aussprache ein, in der namentlich betont wurde, wie außerordentlich schwierig all diese neuen Forderungen in der einklassigen Volksschule bei dem vielen Abteilungswesen durchgeführt werden können. Trotzdem soll in der Sache weitergearbeitet werden. Man will versuchen, den eifrigen Förderer der Tonwortmethode, Herrn Oberlehrer Stolte aus Lage, zu gewinnen zu einer Vorführung mit seiner Schulklasse, um sich dann weiter in diese Methode einarbeiten zu können. Vielleicht ist es dabei möglich, in Volle ein öffentliches Schülerkonzert zu veranstalten. Ueberall, wo Herr Stolte mit seinem Schülerchor aufgetreten ist, hat er große Erfolge erzielt.

Nachbargebiete

Minteln, 20. Juni. Die Differenzen im Minteler Kreistag. — **Der Etat abgelehnt.** In der Kreistagssitzung vom 30. Mai mußten die Verhandlungen mitten in der Etatsberatung abgebrochen werden, weil die Mitglieder der Linken durch Verlassen des Saales die Beschlußunfähigkeit herbeiführten. In der erneut einberufenen Kreistagssitzung, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Kreistagsmitglieder beschlußfähig war und sich zu einer sehr bewegten Dauersitzung von 8 Stunden auswuchs, endete die Etatsberatung damit, daß der Etat mit den 12 Stimmen der Linken gegen die 12 Stimmen der Rechten abgelehnt wurde. Es wird deshalb, um die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte zu ermöglichen, eine Zwangsetatisierung durch einen Kommissar der Regierung erfolgen müssen. Der Grund zu dem Verhalten der aus 11 Sozialdemokraten und einem Kommunisten bestehenden Linken liegt in der Ablehnung ihres Antrages, ein kreiseigenes Kinderheim zu errichten. Im Etat waren 45 000 RM. für die Unterbringung von Kindern in verschiedenen auswärtigen Bädern eingesetzt, die Rechte lehnte darüber hinaus die Errichtung eines Kinderheimes ab, weil der Kreis nur 45 000 Einwohner zählt und die Rentabilität eines kreiseigenen Kinderheimes sehr zweifelhaft ist.

Bückeburg, 21. Juni. **Der Abschied des Staatsrats Steinbrecher.** Der als Ministerialdirigent in das preußische Innenministerium berufene Vorsitzende der schaumburg-lippischen Landesregierung, Staatsrat Steinbrecher, verabschiedete sich am Sonnabend von den Beamten und Angestellten der Landesregierung und Landeskasse, die sich zu diesem Zwecke im Landtagssaal versammelt hatten. Den Platz des Staatsrats Steinbrecher zierte ein von den Beamten und Angestellten gestiftetes Blumengebinde. Namens der Beamten und Angestellten richtete Oberregierungsrat Winkelmann herzliche Abschiedsworte an den Scheidenden, für die Staatsrat Steinbrecher seinen Dank aussprach, wobei er betonte, daß er auch weiterhin für den Gedanken eines Anschlusses an Preußen eintreten werde.

Geseke, 20. Juni. **Mädchenmord.** Gestern nachmittag 2 Uhr war ein Mädchen vom Gut Kesseler in Störmede nach Geseke gegangen, um Einkäufe zu machen. Seitdem wurde es vermißt. Heute abend 9 Uhr traf hier die Meldung ein, daß in einem Roggenfelde nahe der Grenze zwischen Geseke und Störmede auf Geseker Gebiet die Leiche eines Mädchens gefunden sei. Die Ermittlungen sind sofort eingeleitet. Es dürfte sich bei der aufgefundenen Leiche um die des vermißten Mädchens handeln. Es darf als sicher angenommen werden, daß Mord vorliegt.

Osnabrück, 20. Juni. **Durch Blitzschlag getötet.** Bei einem Gewitter am Freitag schlug der Blitz in das Haus des Zimmermanns Fuhler in Werlte und zündete. Das Haus brannte in kurzer Zeit bis auf den Grund nieder. Eine Nachbarin, die Hebamme Kessel, die sich während des Gewitters in das Haus des Zimmermanns geflüchtet hatte, wurde vom Blitz getroffen und war nach wenigen Minuten verschieden.

Polizeihund-Werbeschau in Horn

Wenn auch das unfreundliche Regenwetter am Sonntag morgen viele Freunde der Schäferhundezucht zu Hause gehalten hat, so waren doch zu der Polizeihund-Werbeschau in Horn am Nachmittag des Sonntags noch einige hundert Zuschauer erschienen. Und es sei gleich vorweg gesagt, daß die Erschienenen voll befriedigt am Abend die Veranstaltung verlassen konnten. Das Gebotene fand wiederholt lauten Beifall und Anerkennung. Gegen 3½ Uhr nachmittags begann die Veranstaltung, zu der sich 14 Führer mit Schäferhunden gemeldet hatten. Das Schiedsgericht bestand aus den Herren **Rottebrock**-Detmold und **Güse**-Steinheim. Zunächst wurden die Tiere in Gehorsamsübungen geprüft, wie Linienführigkeit, Folgen frei bei Fuß, Wenden, Halten, Dableiben, Setzen, Legen, Herankommen, Hereinbringen und Lautgeben. Interessante Momente brachte auch die Nasenarbeit der Hunde. Das Suchen auf 100 bis 160 Meter langer Führerspur, Gegenstandsuche auf 300 Meter langer Fremdspur und das Herausuchen eines dem Führer gehörenden Gegenstandes aus 10 fremden Gegenständen förderte bewundernswerte Ergebnisse zu Tage. Auch das Ablegen in Gruppen, Verweigerung des Futters, Beschützen des Führers und die Bewachung von Gegenständen müssen als mustergültige Uebungen angesprochen werden. Ebenso wurden auch im Springen wirklich tüchtige Erfolge erreicht. Längere Zeit nahm die schwerste Prüfung, die Mannarbeit in Anspruch. Hieb- und Schußfestigkeit offenbarten sich glänzend. Auch ein weit versteckter „Verbrecher" wurde schnell gefaßt. Viel Beifall erntete auch die eigene Befreiung eines Hundes und danach die Befreiung seines gefesselten Herrn. Als eine Glanzleistung ist weiter das von dem Hornschen Polizeihund „Erich" (Bes. Gend.-Oberwachtmeister Schröder) ausgeführte Retten einer im Wasser liegenden, nahe vor dem Ertrinken stehenden Person zu nennen. Derselbe Hund zeigte auch in der Sucharbeit ein kaum zu übertreffendes Talent, wodurch er dem zahlreichen Publikum wiederholt laute Beifallskundgebungen abnötigte. Im Ernstfalle kann auf diesen Hund die größte Hoffnung gesetzt werden. Mit Genugtuung läßt sich feststellen, daß die Werbeschau den besten Beweis von der Zuverlässigkeit und Gelehrigkeit des Schäferhundes als Polizeihund erbracht hat. Der überaus gute Verlauf der ganzen Veranstaltung ist nicht zuletzt den hiesigen Mitgliedern der Ortsgruppe Detmold zu verdanken, die in mühevoller Arbeit die Vorbereitungen für die Werbeschau getroffen haben und denen auch die Stiftung von wertvollen Preisen zu verdanken ist.

Bei der um 8 Uhr stattfindenden Preisverteilung im Kaffee-Restaurant „Friedenseiche" (Wittenbrink) nahm Herr Polizeikommissar **Krüger** aus Detmold einleitend Gelegenheit, alle Freunde der Polizeihundbewegung herzlichst zu begrüßen. Er begrüßte vor allem die Vertreter der Stadt, die Herren Ratsherr Fr. **Capelle** und **Meweler**, und dankte gleichzeitig für den von der Stadt gestifteten Ehrenpreis. Weiter wurde noch über die Geschichte des Schäferhundevereins gesprochen. Das Schiedsgericht hatte die Presse wie folgt festgesetzt: 1. Ehrenpreis der Stadt Horn „Carlo", Bes. **Romelka**-Detmold (1 Tischstanduhr); 2. Ehrenpreis der Freien Wirteinung Horn und Umgegend „Hertha", Bes. Polizeikommissar **Krüger**-Detmold (Silberplakette); 1. Preis „Alf", Kriminal-Oberwachtmeister **Schulte**-Detmold; 2. „Erich", Gendarmerie-Oberwachtmeister **Schröder**-Horn; 3. „Alfons", Polizeioberwachtmeister **Brinkmann**-Detmold; 4. „Bendix", Gastwirt Franz **Wittenbrink**-Horn; 5. „Berta", Herr **Weber**-Horn; 6. „Afra", Postbeamter **Brinkmann**-Berlebeck; 7. „Arno", Gend.-Wachtmeister **Sauermann**-Detmold; 8. „Egon", Kaufmann **Bunte**-Detmold; 9. „Adda", Herr **Flake**-Hornoldendorf; 10. „Reck", Herr Gastwirt August **Geiger**-Detmold; 11. „Tell", Herr Kaufmann **Schierenberg**-Detmold; 12. „Lux", Herr **Hofmeister**-Bahlhausen. Trostpreis „Alf", Herr **Frenzel**-Detmold.

Herr Ratsherr **Meweler** beglückwünschte im Namen der Stadt die Sieger und überbrachte gleichzeitig Grüße der Stadtverwaltung. In einem Schlußwort dankte der Vorsitzende, Herr Kommissar **Krüger**, nochmals für alles gezeigte Entgegenkommen und wies gleichzeitig auch empfehlend auf die am 24. Juli d. Js. in Detmold stattfindende Zuchtschau für Schäferhunde hin. Auch an dieser Stelle sei allen Mithelfern an dieser Werbeschau, besonders auch Herrn Gend.-Oberwachtmeister Schröder aus Horn, für seine mühevolle Arbeit bei der Vorbereitung gedankt. Der Verein der Schäferhunde hat sich durch diese Veranstaltung viele Freunde erworben und auch Einblick gewährt in die zähe Kleinarbeit eines Polizeihundführers.

Der Vater der deutschen Bühne

So wird Karl Theophil Döbbelin in der deutschen Theatergeschichte bezeichnet. Geboren wurde er 1727 in Königsberg, also vor genau 200 Jahren. Zuerst ging er „studierenshalber" nach Frankfurt a. O., dann Leipzig. Das Studium der Rechtswissenschaft vertauschte er bald mit dem bunten Rock der Komödianten, gehörte zur Truppe der Reuberin, später zur Schuchischen und ab 1754 zur Ackermannschen Gesellschaft.

In Leipzig wurde er mit dem von seiner Größe und geistigen Ueberlegenheit so sehr überzeugten Literaturdiktator Johann Christoph Gottsched bekannt, dessen Gestalt Heinrich Laube in einem seiner Stücke so große Lustspielwirkung abgewonnen hat. Als Döbbelin durch Erbschaft in den Besitz von 6000 Talern gelangte, überredete ihn Gottsched, seine Reisepläne fahren zu lassen und mit dem Gelde eine Schauspielergruppe zu gründen. Döbbelin warb 15 Schauspieler an, um mit ihnen „Originaltragödien" aufzuführen. Gleich die erste Vorstellung, die in Erfurt stattfand, gefiel außerordentlich. Die Döbbelinsche Truppe wurde zur „Hof-Komödianten-Bande" erhoben und spielte den Winter 1756/57 in Weimar.

Das kleine weimarische Hoftheater war von der kunstverständigen Herzogin Anna Amalie gegründet und zwar auf „demokratischer" Grundlage. Es sollte nicht allein „dem Hof die anständigste Unterhaltung, den Personen von Geschäften die edelste Erholung und der müßigsten Klasse von Einwohnern der unschädlichste Zeitvertreib" sein, sondern auch den „unteren Klassen öffentliche Gemütsergötzung bieten." Die Vorstellungen in dem damaligen Weimarer Schlosse fanden regelmäßig dreimal in der Woche statt und zwar „zum unentgeltlichen Genuß und Besuch von jedermann."

Döbbelin verscherzte sich die herzogliche Gnade, wie es damals hieß, und mußte Weimar verlassen. 1766 trat er zu Schuch nach Berlin über, von nun datiert seine Bedeutung. Im März 1768 führte er „Minna von Barnhelm" oder „Die Soldatenbraut" von Lessing auf. Die Proben dazu hatten vier Wochen, eine damals ungewöhnlich lange Zeit, gedauert. Der Erfolg war so groß, daß das Stück in 6 Wochen 19 mal gegeben wurde. Trotzdem mußte Döbbelin noch mehrere Jahre außerhalb Berlins spielen, bis er nach dem Ableben Kochs, der das erste ständige Theater in der preußischen Hauptstadt schuf, in den Besitz eines Privilegiums kam. Friedrich Wilhelm II. überließ der Döbbelinschen Truppe das französische Komödienhaus in der Behrenstraße, welches hinfort das „Nationaltheater" hieß, gab einen jährlichen Zuschuß und die Erlaubnis, die Dekorationen und Kostüme seiner italienischen Oper



Die neue Flasche

Der Duft eines gepflegten Haares

macht einen Menschen von vornherein anziehend und sympathisch. In Deinem eigenen Interesse liegt es also Dir diese wertvollen Eigenschaften zu sichern. Dein treuer Helfer sei stets

AUXOLIN

KOPFWASSER

F. WOLFF & SOHN

zu benutzen. 1780 beschäftigte Döbbelin ein Ensemble von 48 Leuten, während man gewöhnlich nur 16—18 Schauspieler brauchte, um alle „Fächer" zu besetzen. Am 24. Februar 1781 veranstaltete er eine Totenfeier für Lessing, obwohl dieser ihm nicht gerade freundlich gesinnt gewesen war. 1783 brachte er zum erstenmal Lessings „Nathan" auf die Bühne.

Nach Döbbelins Scheiden (1789) wurde nach Ankauf des gesamten Inventars sein Theater in „Königliches Nationaltheater" umgetauft. Die Oberleitung blieb zunächst noch in der Hand eines Künstlers, nämlich Iffflands. Dieser trug, vielleicht wider Willen, dazu bei, das in der Folgezeit aus dem Nationaltheater kein Staatstheater wurde, sondern ein Hoftheater unter verhängnisvoller Beamtenherrschaft.

Strätner.

Deutschland bleibt solide

Als gegen Ende des vorigen Jahres mit großem Aufwand von eindringlichen Anpreisungen das sogenannte Konsumfinanzierungsgeschäft eröffnet wurde, glaubten viele an den Beginn einer neuen Aera im Einzelverkaufswesen, glaubten aber noch sehr viel mehr Leute nachdrücklich vor einer allzu weitgehenden Durchführung des Raten- und Abzahlungsgeschäftes warnen zu müssen, da ihm die dem deutschen Publikum gewohnte solide Grundlage des vorsichtigen Rechnens mit den verfügbaren Mitteln fehle. Nachdem die Kaufkredit-Aktiengesellschaft Zürich den ersten derartigen Geschäftsbetrieb in Deutschland eröffnet hatte, der aber wohl gemerkt auf die Warenhäuser des Konzerns von Hermann Tietz beschränkt blieb, folgte als nächstgrößtes Unternehmen die „Citag", das Kundenkredit-Finanzierungsinstitut des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte, wodurch der Ratenkauf auf eine ziemlich erhebliche Anzahl von Geschäften aller Branchen ausgedehnt wurde. Man versprach sich hier wie dort hohe Vorteile und hoffte auch, das Publikum in stärkster Weise zum Kaufen animieren zu können. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Bedingungen der Citag verhältnismäßig günstig waren. Die Kredite wurden in verhältnismäßig großzügiger Weise gegeben, brauchten nicht abnorm hoch verzinst zu werden, erforderten keine sonderlichen Spesen und konnten in 6 Monatsraten zurückgezahlt werden. Um so bezeichnender für die Wesensart des deutschen Durchschnittskäufers ist es, daß die Citag sich nunmehr ganz überraschend an den Verband der Berliner Spezialgeschäfte gewandt und ihm mitgeteilt hat, daß sie die Verträge mit dem Verband und mit den an die Citag angeschlossenen Firmen zu lösen beabsichtige. Das Schreiben, in dem die Citag ihren Firmen diesen Entschluß mitteilt, sagt über die Gründe zur Lösung der Verträge, daß die beteiligten Kreise, denen durch Gewährung von Anschaffungskrediten Erleichterungen verschafft werden sollten, diesem System so gut wie gar kein Interesse entgegenbringen. Man könne nach sechsmonatlichem Bestehen des Kreditfinanzierungsinstitutes die Aussichten des Systems überblicken und müsse sagen, daß ein praktisches Bedürfnis nach Fortsetzung der Kreditfinanzierungsmethoden in ihrer bisherigen Form offenbar nicht bestehe. Es wird also die Ausgabe der sogenannten Citag-Scheds eingestellt, während die Gesellschaft anders geartete Finanzierungen von Teilzahlungsgeschäften wie früher fortsetzen wird. Man darf dieses Resultat eines Versuches zur Amerikanisierung deutscher Wirtschaftsformen nicht beklagen. Man darf es vielmehr als ein Zeichen dafür ansehen, daß die große Mehrzahl der deutschen Einzelkäufer sich auch durch günstige Angebote nicht dazu verführen läßt, über ihre Verhältnisse hinaus zu wirtschaften und Wechsel auf die Zukunft zu ziehen, deren Einlösung zwar gesichert erscheinen kann, die aber doch eine Belastung späterer Wirtschaftsperioden darstellen, die der solide denkende Bürger nach Möglichkeit vermeidet. — Uebrigens wird noch abzuwarten sein, wann die Wirtschaftsdämmerung in Amerika, dem klassischen Lande der Konsumkreditfinanzierung, beginnt. Schon jetzt mehren sich dort die warnenden Stimmen, die darauf hinweisen, daß seit Jahren in Amerika alle Welt vom Einzelkäufer bis zum Industriekonzern kauft resp. fabriziert, ohne seiner finanziellen Lage nach dazu berechtigt zu sein, und daß in vielen Zweigen dieses System bereits sich zu rächen beginne.

Aus dem Gerichtssaal

Kleine Strafkammersitzung.

Vorsitzender: Landgerichtsrat Dr. Ebert; Staatsanwaltschaftsvertreter: Staatsanwalt Schlingmann.

Erfolgreiche Berufung.

Auf die Berufung des Angeklagten und der Staatsanwaltschaft war gegen den Bufettier Fritz St. in Detmold wegen Völlerei zu verhandeln. St. war vom Amtsgericht in Detmold zu einer Geldstrafe von 20 ℳ verurteilt, weil er in seiner Wirtschaft an einen Betrunkenen Alkohol ausgegeben hatte. Das Urteil des ersten Gerichts hatte festgestellt, daß die betreffende Person nicht nur angetrunken, sondern vollständig betrunken war. Die Zeugen hatten ausgesagt, daß der unglückliche Mensch schon in einer anderen Wirtschaft sich in einem Zustande befand, daß er aus eigener Kraft nicht einmal mehr die Zeche begleichen konnte. Im Gegensatz zu dem Amtsgericht kommt die kleine Strafkammer zu dem Ergebnis, daß die den Angeklagten zwar stark belastenden Aussagen des Zeugen nicht ausreichten, um den Nachweis dafür zu erbringen, daß der Angeklagte gewußt habe, daß der fragliche unglückliche Mensch betrunken war. Das Urteil lautete deshalb auf Freispruch.

Eine wässerige Geschichte.

Wegen Nichtinnehaltung der übernommenen Stauverpflichten hatte sich der Inhaber der Walkenmühle in Lemgo, Ernst B., zu verantworten. Auf Anzeige des Verwaltungsamtes war das erstinstanzliche Gericht zu dem Ergebnis gekommen, daß der Angeklagte das Wasser zu hoch gestaut habe. Es hatte gegen ihn auf 10 ℳ Geldstrafe erkannt. Der Angeklagte hat dagegen Berufung eingelegt mit der Begründung, daß er keine Schuld an dem hohen Wasserstande trägt. Der viele Regen habe einen derartigen Wasserzufluß gebracht, daß es nicht möglich gewesen sei, die Wassermengen durch die Schütze abzuleiten. Außerdem habe die Rentkammer ein Rohr durch den Mühlengraben gelegt und dadurch ebenfalls ein Stauen des Wassers verursacht. Die kleine Strafkammer hält auf Grund des vorliegenden Materials eine genügende Klärung der Sache noch nicht für möglich. Sie beschließt, einen Wasserbausachverständigen zu vernehmen und vertagt die Sache.

Das Probekennzeichen.

Um die Bestimmungen über die Benutzung des Probekennzeichens geht es in der Sache gegen den Ingenieur Adolf E. aus Münster. Dieser war wegen Vergehens gegen das Kraftfahrzeuggesetz vom Amtsgericht Blomberg zu 20 ℳ Geldstrafe verurteilt. Er hat das Urteil angefochten. Es steht fest, daß der Angeklagte das Recht hatte, mit dem Probezeichen der Fabrik einen Kraftwagen bis zu dem Bestimmungsort Münster zu überführen. Er ist nun aber am folgenden Tage auf der Fahrt nach Pyrmont ebenfalls mit dem Probezeichen betroffen. Der Angeklagte behauptet, er habe den Auftrag gehabt, den Wagen für den Besitzer auszuprobieren. Dazu habe er diese Fahrt gemacht. Er müsse deshalb freigesprochen werden. Die Strafkammer kommt zu einer Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils. Sie spricht den Angeklagten frei, weil er berechtigt war, das Probekennzeichen auch für eine weitere Fahrt zum Ausprobieren des Wagens zu benutzen.

Aus dem heimatlichen Parteileben

Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung, Kampfbund der Entrechteten, Landesverband Lippe, Lage i. L., Gartenstraße 23. Der öffentliche Aufruf zur Bildung einer neuen Ortsgruppe unserer Partei am 18. cr. in Detmold hatte sehr guten Erfolg. Ca. 120 Personen waren im kleinen Saale des Odeon erschienen, um sich von Herrn Amtsgerichtsrat Theopold, Lemgo, über den augenblicklichen Stand der Aufwertungsfrage berichten zu lassen. Als Erfolg des Abends konnte Redner buchen, daß 49 Personen unserer Partei als Mitglieder beitraten. Ferner wurde einstimmig ein aus zwei Damen und fünf Herren bestehender Ortsgruppenvorstand gewählt.

Witterungs-Uebersicht

vom 21. Juni 1927.

Mit großer Schnelligkeit hat sich die neue Zyklone über Schottland vertieft. Auf der Vorderseite ist bereits ein kräftiges Regengebiet erkennbar. Der vorübergehende Vorstoß des südwestlichen Hochdruckgebietes hat bei uns zunächst Aufheiterung gebracht. Diese wird jedoch nur von kurzer Dauer sein. Infolge Rückdrehens des Windes auf Südwest steigen die Temperaturen zunächst wieder an, während auf der Rückseite der neuen Depression erneute Abkühlung zu erwarten ist. Die neue Verschlechterung wird durch Gewitter eingeleitet, die besonders im Norden unseres Bezirks auftreten werden. Auf dem Ozean ist jetzt ein kräftiges breites Hochdruckgebiet erkennbar, so daß nach dem Vorüberzug des obenerwähnten Tiefs beständigeres Wetter in Aussicht steht.

Vorhersage für den 22. und 23. Juni.

Nach kürzerer Aufheiterung wieder Regenfälle; ziemlich warm; Gewitterbildung; südwestliche, später westliche Winde.

Handel + Industrie Landwirtschaft

Tendenzbericht der Berliner Börse.

(Mitgeteilt von der Lippischen Landesbank Detmold.)

Berlin, 21. Juni. Im Vormittagsverkehr war eine etwas freundlichere Stimmung zum Durchbruch gekommen, da nach Pressemeldungen mit ziemlich unveränderten Handelsbilanzziffern zu rechnen sei. Auch die gestrige Erklärung Dr. Schachts hat dazu beigetragen. Zum Börsenbeginn war man jedoch schon wieder unsicher geworden. Der Stillstand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen und die Spannung Briand-Poincaré einerseits, die erneute Passivität der Handelsbilanz um 41 Millionen auf 340 Millionen andererseits hatten bei der Spekulation eher Abgabeneigung zur Folge. Der Ordereingang von außenstehenden Kreisen ist gleich null. Der Geldmarkt ist unverändert, Monatsgeld bleibt gesucht. Eine weitere Erhöhung des Privatdiskontsatzes ist nicht ausgeschlossen. Die ersten Kurse liegen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, 1—3 % niedriger als auf gestrigem Abendniveau. Schwach liegen Bemberg (minus 13¾ %). Anleihen behauptet, Ausländer gehalten. Nach den ersten Kursen wurde es wenig fester auf die Nachricht hin, daß die erhöhte Ausfuhr der Fertigwaren (um 37 Millionen) ein Zeichen für eine Konjunkturbesserung sei. Später gingen die Gewinne jedoch wieder verloren, so daß die Kurse bei völliger Lustlosigkeit abbröckelten, nur Oberbedarf weiter fest. Nachbörslich auf Deckungen leicht erholt. (Der zweite Teil des Börsenberichts konnte der Störungen im Empfangapparat wegen nicht aufgenommen werden.

Produktenbericht.

wtb. **Berlin, 21. Juni.** Die Unsicherheit der Wetterlage drückt sich in der Tendenz- und Preisgestaltung des Produktenmarktes aus. Sowohl Abgeber als auch Käufer sind in ihren Dispositionen sehr vorsichtig. In den gestrigen Nachmittagsstunden hatte sich in ausländischem Brotgetreide noch einiges Geschäft entwickeln können, heute ist bei ziemlich unveränderten Forderungen zwar Nachfrage von Seiten des Konsums vorhanden, aber man versucht, Konzessionen zu erlangen, die nicht immer bewilligt werden. Das Angebot von inländischem Brotgetreide hat sich nicht wesentlich vermehrt, die Ware bleibt aber schwer erhältlich. Am Lieferungsmarkt blieben bei Weizen und Roggen die vorderen Sichten unverändert, während Märkteleferung auf Grund des günstigen Wetters leicht rückgängig war. Das Mehlgeschäft vermochte sich auch heute nicht zu beleben. Besonders wird über den schwierigen Absatz von Roggenmehl geklagt, das von pommerschen und schlesischen Mühlen zu verhältnismäßig billigen Preisen offeriert wird, aber selbst bei Preiskonzessionen schwer verkäuflich bleibt. In Hafer und Gerste finden kaum Umsätze statt. Das Angebot ist außerordentlich klein und das wenige vorhandene Material ist infolge der hohen Preisforderungen nicht abzusetzen.

Amtliche Produktennotierungen.

Berlin, 21. Juni. Roggen, märkischer 277—279, matter; Gerste 241—275, still; Hafer, märkischer 254 bis 260, still; Mais 190—191, still; Weizenmehl 37,50 bis 39,50, still; Roggenmehl 35,50—37,50, still; Weizenkleie 15,00, matt; Roggenkleie 17,50, matt; Viktoriaerbsen 42—55; kleine Speiseerbsen 27—30; Futtererbsen 22—23; Peluschken 20—22; Ackerbohnen 21—23; Wicken 22—24,50; blaue Lupinen 15—16; gelbe Lupinen 16—18; Rapskuchen 15,40—15,90; Leinkuchen 16,60—16,90; Trockenschnitzel 12,60—13,20; Sojaschrot 19,30—19,80; Kartoffelflocken 33,50—34.

Bremer Getreidenotierungen.

Bremen, 21. Juni. Weizen: Manitoba I 14,60, do. II 14,50, Barusso (80 kg) 13,20, do. (79 kg) 14. Roggen: deutscher 11,40, amerikan. II 11,50. Gerste: La Plata 10,90, amerikan. Malzgerste 10,75, Marokkogerste 10,90, Kanada III 10,70. Hafer: La Plata loko 9,60, do. schwimmend 9,50, schottischer Abladung 11,20, schwimmend 10,60. Mais: amerikan. Mixed 9,70, La Plata 7,55, Donau-Galfox 7,60, südrussischer Gelbmais 7,60.

*

Die Spareinlagen der westfälischen Sparkassen haben im Monat Mai dieses Jahres einen Zugang von 12 Millionen Reichsmark erfahren und sind auf 427 Millionen Reichsmark angewachsen. Die Giro- und Kontokorrenteinlagen stiegen um 5 Millionen Reichsmark auf 102 Millionen Reichsmark. Der Gesamteinlagebestand der westfälischen Sparkassen beläuft sich demnach auf 529 Millionen Reichsmark. 20 000 neue Sparbücher wurden ausgestellt.

*

Dalbker Zellstoff- und Papierfabrik A.-G. Gegen die Generalversammlungsbeschlüsse über das Geschäftsjahr 1925 war Anfechtungsanklage erhoben worden, so daß die Beschlüsse seitens des Landgerichts Detmold für nichtig erklärt worden sind. Gegen die Beschlüsse einer erneuten Generalversammlung über das Geschäftsjahr 1925 wurde erneut Protest zu Protokoll gegeben und am 11. 5. 27 eine neue Anfechtungsklage erhoben, deren Verfahren noch schwebt. Außerdem wurde gleichzeitig ein Antrag eingereicht, die Dalbker Zell- und Papierfabrik A.-G. von amtswegen für nichtig zu erklären.

Viehmarkt

Dortmund, 21. Juni. Schlachtviehmarkt. Auftrieb: 729 Stück Großvieh, 519 Kälber, 12 Schafe, 3412 Schweine. Es kosteten: Ochsen: 63—69, 61—63, 59—61, 57—59, 55—57, 50—55; Bullen: 56—60, 56—59, 52—56, 48—52; Kühe: 60—61, 57—60, 48—56, 33—48; Färsen: 62—63, 56—62, 50—56; Kälber: 82—85, 70—81, 50—61; Schafe: 56—58, 50—55, 45—50, 40—44; Schweine: 57—58, 59—60, 57—58, 55—56, 52—54, 50—57. Marktverlauf: Bei Großvieh schlecht, bei Kälbern und Schafen mittel, bei Schweinen schlecht.

Vereins- u. Versammlungskalender

Pivitsheide. Heute abend 8 Uhr: Versammlung bei Gastwirt Alf. Gründung eines Schießvereins.

Lippischer Lehrergesangverein. Sonnabend, 25. Juni, im Amtshaus zu Lage, nachmittags 3½ Uhr: Übung. Nr. 449, 474, 492.

Jungdeutscher Orden Blomberg. Bruderabend jeden Mittwoch.

Stammhalter
FEINSTER DOPP. WACHOLDER
Brennerei Wippermann Lemgo
248

Das Stadtbauamt (Landesbrandversicherungsanstalt) ist unter Nr. 866 an den Fernsprecher angeschlossen.
Detmold, den 17. Juni 1927.
Der Magistrat.

Bekanntmachung
Vom Donnerstag, dem 23. d. M., ab wird die Fahrleitungsanlage der Externsteinbahn auf der Strecke von Barntrup bis Bösingfeld unter Strom gesetzt. Das Berühren der stromführenden Teile ist mit Lebensgefahr verbunden.
Detmold, den 21. Juni 1927.
Lippische Regierung
Bauabteilung.

Naturheilinstitut und Kurbad „Lydia"
Detmold Telefon 707 Marktplatz
Physio-, Helio-, Hydro-, Elektro- u. Psychotherapie, homöopathische und biochemische Krankenbehandlung.
Karl Höwing Sprechst. 9—12 u. 14—19 Uhr.
Wannen-, sowie sämtliche medizinischen Bäder durchgehend von 8—20 Uhr. (6211

Soeben erschien von Eugen Matthias:
Tennis
466 Seiten mit 203 Abbildungen
Otto Froitzheim urteilt über das Werk:
„... Matthias hat ein ausgezeichnetes Lehrbuch geschaffen, das zum großen Teil Neues bringt. Die eingehende Lektüre des hervorragend ausgestatteten Handbuches wird jedem Spieler neuen Ansporn zu unserm Sport geben."
Für die Mitglieder des Deutschen Tennisbundes
besteht die Möglichkeit, durch Einzeichnung in die bei uns ausliegende Subskriptions-Liste das Werk zu einem Vorzugspreis zu erwerben.
Bücherstube der
Meyerschen Hofbuchhandlung
Detmold

Vermögenssteuererklärungen
werden bei Anschluß an die Buchstelle ohne besondere Kosten aufgestellt. Wir haben zu einer unverbindlichen u. kostenlosen Besprechung nach vorheriger Benachrichtigung gern zu Diensten.
Buchstelle für Handel u. Gewerbe
Karl Lehbrink, Detmold, Tel. 610
10309

Lage Anzeigen-Annahme: Heidenschaft Straße Nr. 22 Fernruf 344
Familien-Drucksachen schnellstens

Dortmunder Ritterbier
Generalvertrieb:
Brauerei Strate
Detmold Fernsprecher 40
7411.2

Steuerzahlung
in der Stadt Detmold
öffentl. Zahlungsaufforderung
Die Pflichtigen werden hiermit aufgefordert, die Entschuldungssteuer für die Monate April und Mai 1927 nach dem Soll für Monat März 1927 bis zum 25. d. M. unter Vorlegung des Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1926 (roter Zettel) an unsere Kämmereikasse zu entrichten. Diese Zahlungen gelten als Abschlag für das Rechnungsjahr 1927 und werden auf den neuen Steuerbescheiden entsprechend gutgebracht.
Die Zustellung der Steuerbescheide für das Rechnungsjahr 1927 ist in der ersten Hälfte des Monats Juli zu erwarten. Es ergeht für 1927 nur ein Bescheid für alle an die Stadt Detmold zu leistenden Zahlungen (Grundvermögensteuer, Gebäudeentschuldungssteuer, Kanalbenutzungsgebühren, Straßenreinigungsgebühren, Hundesteuer usw.)
Detmold, den 15. Juni 1927.
Der Magistrat.

Während des Einbaus einer neuen, modernen Röntgeneinrichtung bleibt unsere
Röntgen-Abteilung
für den 22. und 23. Juni 1927
geschlossen
Lemgo, den 20. Juni 1927. (8355
Verwaltung des Krankenhauses
Wolfische Stiftung

An unsere Leser!
Es vergeht kein Tag, ohne daß in unserer Geschäftsstelle Nachfrage gehalten wird über Anzeigen, in denen schriftliche Angebote eingefordert werden.
Um unseren Lesern Zeitversäumnisse und vergebliche Wege zu sparen, weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß über derartige Anzeigen keine Auskunft erteilt werden darf. Der Interessent hat in solchen Fällen sein Angebot nur schriftlich an uns einzusenden und den Briefumschlag mit der angegebenen Nummer zu versehen.
Jede mündliche Anfrage ist vollständig zwecklos, da über derartige Anzeigen unsererseits das strengste Stillschweigen bewahrt werden muß. Nur wenn es in der Anzeige heißt: „Nachzufragen in der Geschäftsstelle" oder „Auskunft erteilt die Geschäftsstelle", sind wir in der Lage, die erbetene Auskunft zu geben.
Durch Beachtung dieses Hinweises werden unseren Lesern viele Opfer an Zeit und Mühe erspart werden.
Der Verlag

Konkurrenz:
Um weiten Kreisen die Anschaffung eines guten, stabilen, tonlich hervorragenden Pianos zu ermöglichen, habe ich ein preiswertes 132 cm hohes, kreuzsaitiges Piano in Eiche herausgebracht. Preis Mk. 785-
bar! ZAHLUNGSERLEICHTERUNG • 5 JAHRE GARANTIE
FESTING
BIELEFELD 7951

Pensionshaus
in Hiddesen, beste ruhige Lage am Walde, mit 1½ Morgen Garten, sofort beziehbar, bei einer Anzahlung von 10 bis 12 000 Mk. zu verkaufen. (8358
W. Herbrechtsmeier,
Detmold, Friedrichshöhe.
Telefon 972.

Reklame ist notwendig –
überschwengliche Propaganda beweist aber keineswegs die Ueberlegenheit eines Fabrikats!
Man überzeuge sich von der unübertrefflichen Qualität und Preiswürdigkeit der
„ESMOSE"-Marken:


„ESMOSE"-Ambra-Lavendelwasser
Flasche wie Abbildung ..... RM. 2,25
Uhrenflasche ..... „ 0,50
„ESMOSE"-Kölnisch-Wasser
½ Flasche ... RM. 2,10 ½ Flasche ... RM. 1,20
Uhrenflasche ..... „ 0,50
„ESMOSE"-Kölnisch-Wasser-Seife
Stück RM. 0,85, Schachtel an 3 Stück RM. 1,85
Alleinige Hersteller:
Aktiengesellschaft ESMOSE Abteilung Zerbst.
Zu beziehen durch jedes einschlägige Geschäft, bestimmt vorrätig in den Drogerien R. Heinemann Nachf., Lange Str. 61 u. Fritz Nagel, Paulinen-Str. 41. (5946

Enormer Preisabbau in Frischgemüse
frischem Obst und neuen Kartoffeln. Donnerstag früh erhalte wieder einen Waggon, verkaufe ab 8 Uhr am Rathausstand zu bisher nicht gekannten niedrigen Preisen weißen Riesenblumenkohl, Riesengurken, dicke wie Möhren, frischen Wirsing, Kohlrabi, feinste Tomaten. Außerdem erhalte Sonnabend eine Ladung frischer Kirschen und Erdbeeren. Durch vermehrte Bedienung ist längeres Warten ausgeschlossen. Verkauf der Erdbeeren in 5-Pfd.-Körben. Versand prompt. Liefere ins Haus. Wortmann, Fernr. 230.

Kauf.
Ich einem größ. Dorfe b. Lemgo (Lippe) ist in gut. Lage ein fast neues
Ladenlokal
(5,50×9,50 m) mit ca. ¾ Scheffell. Land zum Preise von 8500 Mk. zu verkaufen. In dem Gebäude läßt sich mit geringen Kosten eine Wohnung einrichten. Reflektanten wollen sich wenden an (8288
Völker
Prozeßagent u. Grundstücksvermittler, Lemgo i. Lippe, Fernspr. 412.

Erstklassiger
4-Röhr.-Apparat
gegen Teilzahlung oder Waren zu verkaufen.
Schr. Ang. u. Nr. 7580 an die Lipp. Rundschau, Bad Salzuflen.

Haben Sie etwas
zu verkaufen
so geben Sie eine kleine Anzeige in der Lipp. Landeszeitung auf, der Erfolg ist ein überraschender.

Mädchen
tücht., f. ½—¾ Tag z. 1. 7. ges. Studienassessor Hintmann, Freiligrathstraße 11. Meld. zwisch. 10—12 Uhr. (8340

Suche zum 1. Juli ein sauberes, zuverlässiges
Mädchen
Persönliche Vorstellung erwünscht. (8362
Bäckerei Kronshage
Horn i. Lippe

Mehrere
jüngere Arbeiter
oder
Arbeiterinnen
gesucht. (8339
Aug. Vogelsang & Co.
Helpup i. Lippe

Gesucht wird in Bad Salzuflen zum 1. Sept. für kl. besseren Haushalt ein älteres, im Kochen und in jeder Hausarbeit erfahrenes
Mädchen
Schriftl. Angeb. unt. Nr. 8320 an die Geschäftsstelle der Landeszeitung.

Gesucht für den Haushalt
Jung. Mädchen
oder Frau, für täglich 9—3 Uhr. (8331
Leopoldstraße 2 pt.

Mädchen
für Haus u. Küche sucht
Frau Gutsbesitzer Heidenhain
Rickbruch, Tel. Bremke 3 (7892)

Suche auf sofort eine
Köchin
Hotel Teutoburger Wald Berlebeck

Jüng. Mädchen
16—17 Jahre, in guten, kleinen Haushalt bei leichter Arbeit gesucht. Kann etwas Kochen u. Nähen erlernen. (8307
Frau Obering. Steinbauer, Bielefeld Köllenbecker Str. 47

Ich suche zum 1. Aug. ein erfahrenes, durchaus zuverlässiges
Alleinmädchen
oder erfahrene Stütze mit guten Zeugnissen. Angebote mit Zeugnisabschriften u. Angabe von Empfehlungen an
Frau Regierungsrat v. Berschner, Minden i. W., Artilleriestr. 12

Zum 1. Juli ein älteres, erfahr., kräftiges
Hausmädchen
für die Kurzeit gesucht.
Bad Salzuflen Parkstr. 14

Suche zum 1. Juli ein christlich gesinntes, freundliches
Jg. Mädchen
Bevorzugt werden aber nur solche, die einen gutbürgerlichen Haushalt selbständig führen können. Meldung. 3—8 Uhr nachmittags.
Jakob Müller, Detmold Marienstraße 58

Heirat!
Tüchtiger Handwerker, in der Auto-Branche, mit gutgehendem eigenem Geschäft, große, kräftige Erscheinung, musikalisch gebildet, 32 J., sucht evang., friedlieb. Dame, nicht über 30 J., zwecks baldiger Heirat kennen zu lernen.
Nur ernstgem. Briefe mit Angabe der Verhältnisse unter K. 100 postlagernd Paderborn erbeten. Beiderl. Verschwiegenh. Ehrensache.

Geräumiger Eckladen
mit Hinterzimmer, mit 4- od. 5-Zimmerwohnung (beschlagnahmefrei), an Hauptverkehrsstraße Detmolds, per 1. Aug. oder später zu vermieten.
Interessenten wollen sich schriftlich unter Nr. 8006 an die Geschäftsstelle der Ldsztg. wenden.

Verpachtung!
Manufaktur- und Herrlichkeitswaren-Geschäft mit 5-Zimmerwohnung, in großem lippischen Dorfe, altes Geschäft, soll krankheitshalber verpachtet werden. Notwendiges Kapital zur Übernahme des vorhandenen Warenlagers ca. Mk. 6000.—
Angebote unter A. J. 107 an Rudolf Mosse Magdeburg.

Ihr Eßzimmer
kaufen Sie vorteilhaft bei uns.
Unsere Modelle entzücken nicht nur durch schöne Formen, auch die billigen Preise machen die Anschaffung leicht. 6997,1
Werkstätten Oetkermann
Verkauf: Grabbestraße.

Dame sucht Stellung
am Büfett oder Büfett auf eigene Rechnung.
Offerten unter Nr. 30 an die Geschäftsstelle des Bünder General-Anzeigers, Bünde i. Westf.

Suche in Kürze zwei erfahrene
Maschinenstrickerinnen
Dieselben müssen perfekt sämtl. Strickfachen stricken kön. Es kommen nur einfache ehrliche Damen in Frage. Alter Nebensache.
Schriftl. Angeb. mit Gehaltsansprüchen erb.
Fr. Beckmann
Rhede (Bez. Minden)
Maschinenstrickerei

Suche auf sofort ein ehrliches, properes
Mädchen
für meinen Geschäftshaushalt. (8359
Frau E. Oesterhaus
Haustenbeck i. L.
— Fernruf Nr. 71 —

Suche zu sofort oder 1. Juli einen tüchtigen
jungen Mann
zur weiteren Ausbildung in der Landwirtschaft. Derselbe muß alle vorkommenden Arbeiten mit verrichten u. evtl. auch ein Gespann übernehmen.
Schriftl. Angeb. unt. Nr. 8322 a. d. Geschäft. der Landeszeitung.

Maurer
stellt sofort ein (8306
Baugeschäft Benning
Böringhausen

Kochs- u. Schlafgelegenheit vorhanden. Meldung am Sonntag, dem 26. Juni 1927, bei Polier Habermann, Kalkkirchen

Jüngerer
Pferdeknecht
sofort gesucht. (8364
Otto Werder
Marienstraße 9

Ein selbständiger
Bäckergeselle
sucht Stellung auf sof., am liebsten a. d. Lande. Offerten an b. Agentur Schötmar b. Ldsztg. unter Nr. 8189.

Bestempfohlener Möbelvertreter
in Nordbayern sucht die Vertretung einer leistungsfähigen
Küchenmöbelfabrik
für obigen Bezirk ab 1. Juli 1927.
Erste Verkaufskraft mit treuer, solventester Kundschaft.
Schriftliche Angebote unter Nr. 8269 an die Geschäftsst. d. Ldsztg.

Junger, tüchtiger
Bäckergeselle
der Ofenarbeit u. Feinbäckerei versteht, gesucht.
Schriftl. Offert. unt. Nr. 8039 an die Geschäft. der Landeszeitung.

Lukrative Kaffee-Vertretung
gegen 15% Provision u. leistungsfähig. Bremer Firma zu vergeben.
Ausf. schriftl. Offerten unter Nr. 8344 a. d. Geschäft. d. Ldsztg. erb.

Ein tüchtiger
Mischer
für Schwelmer Trockenpresse, der auch Reparaturen ausführ. kann, für bald gesucht.
Schriftl. Angeb. unt. Nr. 8326 a. d. Geschäft. der Landeszeitung.

Langjährig eingeführter Vertreter
der d. Freistaat Sachsen u. Thüringen intensiv im eigenen Kraftwagen bearbeitet,
sucht Vertretung leistungsfähiger
Küchenmöbelfabrik
zu übernehmen. Prima Referenzen stehen zur Verfügung. Off. unter C. Z. M. 1021 an Ala Haasenstein & Vogler, A.-G. Leipzig. (8340

Tüchtige junge
Ziegelei-arbeiter
gesucht. Schriftl. Angebote unter Nr. 8330 an die Geschäftsst. d. Ldsztg.

Erfahrener, nicht zu junger (8385
Brenner
für sofort gesucht.
Cosackesche Papierfabrik G. m. b. H. Abteilung Kienast Arnsberg i. Westfalen

Sende meinen lippischen Landsleuten jederzeit (8019
Landknechte
Metter, Burschen, Viehfütterer usw., sowie
Ziegelarbeiter
August Ruthe
gew. Stellenvermittler
Berlin N. 4
Eichendorffstraße 16
Tel. Norden 6709

Suche auf sofort
1 Ofensetzer u. 2 Brenner
für Dannenberg-Ofen, Braunkohlenfeuer.
Schriftl. Meld. an
Ziegelei Königsaue bei Frose (Anhalt)

Suche auf sof. einen tüchtigen
Ofensetzer
Zu meld. bei Gustav Eikmeier, Biedebo-Asfeln Ziegelei Schleswig, Kr. Dortmund, und Adolf Brinkmann, Lage i. L., Schulstraße 18.

Brenner u. Ofensetzer
für mittlere Ziegelei evtl. sofort gesucht.
Schriftl. Meld. unter Nr. 8335 an die Geschäft. der Landeszeitung.

Suche zum 4. Juli einen tüchtigen
Absetzer
welcher die Steine vom Pressenwagen in Hagen setzen kann. Stundenlohn 75 Pf. (8334
August Schwarze Ziegeleimeister
Mauna-Eibel Ziegelei Eibach

Tüchtige
Ziegler-kolonne
mit Brenner sucht baldigst Stellung. Schriftl. Ang. sind zu richten an Chr. Hucke, Dortmund 12 Dorstfelder Hellweg 184 8280

Für eine modern eingerichtete Dampfziegelei in Westfalen, Produktion 8 Mill. Tonschiefersteine (Normal-, Radial-, Hohlsteine und Klinker) zur Unterstützung des Besitzers energischer junger
Ziegelei-fachmann
der selbst praktisch mitarbeitet und den Besitzer zeitw. vertr. kann, gesucht.
Ausführl. schriftl. Angebote mit Lebenslauf u. Zeugnisabschr. und Ang. des Gehalts bei freier Station erb. unt. Nr. 8332 a. d. Geschäft. der Landeszeitung.

Schamotte-Former
sofort gesucht. Gefl. schriftl. Angebote mit Zeugnisabschr. unt. Nr. 8227 a. d. Geschäft. d. Ldsztg.

Per sofort ein erster
Brenner
für Klinker gesucht.
Janßen, Hamburgen bei Bremen, Telefon 4 (8286)

Suche auf sofort
2 tücht. Brenner und 2 Ofensetzer
wegen Inbetriebsetzung des zweiten Ringofens.
L. Meier
Verblend- und Klinkerwerk Fr. Steinbergs Cleve (8300

Kruschen-Salz im Frühgetränk
erhält den gesunden Menschen stets frisch und elastisch, verscheucht Ihnen frühmorgens das Gefühl des körperlichen Wohlbehagens. Kruschen-Salz erfrischt Ihr ganzes inneres System und kitzelt Ihre Verdauung in bester Ordnung. M. 2,— pro Glas.
Priv. Einhorn-Apotheke Adolf Wiegrebe, Barntrup.

Tüchtige
Ziegler-kolonne
mit Brenner sucht baldigst Stellung. Schriftl. Ang. sind zu richten an Chr. Hucke, Dortmund 12 Dorstfelder Hellweg 184 8280

Für eine modern eingerichtete Dampfziegelei in Westfalen, Produktion 8 Mill. Tonschiefersteine (Normal-, Radial-, Hohlsteine und Klinker) zur Unterstützung des Besitzers energischer junger
Ziegelei-fachmann
der selbst praktisch mitarbeitet und den Besitzer zeitw. vertr. kann, gesucht.
Ausführl. schriftl. Angebote mit Lebenslauf u. Zeugnisabschr. und Ang. des Gehalts bei freier Station erb. unt. Nr. 8332 a. d. Geschäft. der Landeszeitung.

Schamotte-Former
sofort gesucht. Gefl. schriftl. Angebote mit Zeugnisabschr. unt. Nr. 8227 a. d. Geschäft. d. Ldsztg.

Per sofort ein erster
Brenner
für Klinker gesucht.
Janßen, Hamburgen bei Bremen, Telefon 4 (8286)

Suche auf sofort
2 tücht. Brenner und 2 Ofensetzer
wegen Inbetriebsetzung des zweiten Ringofens.
L. Meier
Verblend- und Klinkerwerk Fr. Steinbergs Cleve (8300

Bad Salzuflen-Schötmar
Reinemachefrau
für zweimal wöchentlich gesucht. Näheres zu erfahren unt. Nr. 7985 in der Geschäftsstelle d. Lippischen Rundschau.

Plakate
mit dem Aufdruck
Wohnung f. Kurgäste
Zimmer frei
Privat-Mittagstisch
hält vorrätig
Buchhandlung
Paul Franz
Bad Salzuflen

Kurtheater.
Donnerstag, 23. Juni abends 8 Uhr
Großer Lustspielerfolg
Dover-Calais
von Julius Berstl.

Kleines massives
Wohnhaus
mit Werkstatt, sowie gr. Obst- u. Gemüsegarten, in Bad Salzuflen, Werler Weg 65, ist zu verkaufen. Gefl. Anfr. an
Frau Stammer
Bochum, Robertstr. 97

Bad Salzuflen (Kurhaus)
Mittwoch: 2 Militärkonzerte
Bei guter Witterung Feuerwerk
Donnerstag: Große Tanzunterhaltung
Freitag, 24. Juni, abends 8¼ Uhr (Theatersaal)
Lustiger Abend Gemischt-Gemüse
Karten zu M. 1.—, 1

BÜSSING

FÜHREND! NUR NOCH



LASTWAGEN OMNIBUSSE

Generalvertreter: **Theo Pohlmann, Ing., Bielefeld,** am Bach 14, Fernspr. 4650

Ihr Bruch

wird immer größer, wenn Sie ein schlechtsitzendes und lästiges Federbruchband oder Gummiband tragen. Durch solche Bänder verschlimmert sich das Leiden und kann zur Todesursache werden. (Es entsteht Brucheinklemmung, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann). Deshalb liegt es in Ihrem Interesse, sich meine äußerst bequeme, unverwüstliche Spezial-Bandage anfertigen zu lassen. Durch Tag- und Nachtragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleidende selbst geheilt.

Werkmeister A. B. schreibt u. a.: „Mein schwerer Leistenbruch ist geheilt. Ich bin wieder in meinem 60sten Lebensjahre ein ganzer und glücklicher Mensch." Landwirt Fr. St. schreibt u. a.: „Ich sehe mich genötigt, Ihnen nach 2 Jahren meinen innigen Dank auszusprechen . . wurde ich ganz befreit von meinem Leiden." — Bandagen von Mk. 15.00 an. Für Bruch- und Vorfall-Leidende kostenlos zu sprechen in: (833)

Detmold: Freitag, 24. Juni, von 8—12 Uhr, im Hotel „Fürst Leopold".

K. Ruffing, Spezial-Bandagist, **Köln,** Bonner Str. 249.



Im trauten Familienkreis

ist es erst dann so recht gemütlich, wenn ein guter Trunk Herz und Sinne labt. Ein Trunk, der dank seines herbwürzigen Wohlgeschmacks von Männern und Frauen immer wieder begehrt wird, ist Köstritzer Schwarzbier. Dieses ist wohlbekömmlich und besitzt größten Nährwert, so daß es auch Kranken, Wöchnerinnen und allen zur Stärkung ohne Bedenken gegeben werden kann. Ihr täglicher Hausfrunk sei deshalb das altberühmte

Köstritzer Schwarzbier

Das echte Köstritzer Schwarzbier ist erhältlich bei August Thoren (Heinr. Brinck Nachf.), Detmold, Baumstr. 2, Fernsprecher 295; Rob. Gehrke, Herrnst 374, Detmold, Fürstengartenstr. 13; Emil Pilger, Feinkostgeschäft, Horn i. L., Bergstr. 14; F. Betge, Kolonialwaren und Delikatessen, Horn; Ewald Pilger, Weinhandlung, Bad Meinberg, Fernsprecher 49, und in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften. (8511

Ab heute:

Reste Reste Reste

enorm billig enorm billig enorm billig

Meter Volle Zephir und Zephir gestreift Mousseline Bwl. 60 ₰ jeder Rest zum Aussuchen	Meter Rockbiber Handtuchgebild Hemdentuch Ia Hemdenbarchent 60 ₰ jeder Rest zum Aussuchen	Meter Schürzenjamos. 120 cm breit Rockbiber Hemdenbiber Bettkattun Bettsiamosen 80 ₰ jeder Rest zum Aussuchen
Meter Foulé reine Wolle Popeline reine Wolle Wollmousseline Blusenstreifen 1.00 jeder Rest z. Aussuchen	Meter Volle gemustert Waschseide Satin Hauskleiderstoff 1.00 jeder Rest zum Aussuchen	Meter Schotten Popeline Mantelstoff 130 breit Waschseide gemustert 1.50 jeder Rest zum Aussuchen
Meter Blusenstreifen reine Wolle Cheviot 130 cm breit reine Wolle Mantelstoff 130 br. engl. Art Waschseide geblümt 2.00 jeder Rest z. Aussuchen	Angesammelte Reste und Abschnitte gelangen jetzt billig zum Verkauf. Einzelteile aller Abteilungen wie Damen- und Herren-Wäsche Schürzen, Taschentücher Gardinen, Spitzen-Reste fabelhaft billig	Meter Taffet einfarbig ca. 90 breit Taffet karriert ca. 90 breit Schotten rein. Wolle Rips-Popeline 130 br., reine Wolle 3.00 jeder Rest z. Aussuchen

Alsberg

Detmold

Die glückliche Geburt eines gesunden

Sonntagsmädels

geben bekannt

Ulrich Wendler u. Frau
Elinor, geb. Rogge.

Aerzen, am 19. Juni 1927.

z. Zt. Hameln, Privatklinik Dr. Pohlmann, Wilhelmsplatz 4.

Statt besonderer Anzeige

Von einem langen, mit großer Geduld ertragenem Leiden wurde heute abend unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Wwe. Wilhelmine Drewes

geb. Freese

im 79. Lebensjahre durch einen sanften Tod erlöst.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Wwe. Elise Müller
geb. Drewes
und Angehörige

Detmold, Bielefeld, Osnabrück, den 21. Juni 1927.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt. Trauerfeier vorher.

Todesanzeige

Statt jeder besonderen Anzeige

Wir erhielten heute die telegraphische Nachricht, daß unser innigstgeliebter einziger Sohn und Bruder

Hermann

nach schwerem Leiden in Santiago (Chile) entschlafen ist.

Oberregierungsrat Dr. Corvey
und Familie

Detmold, den 20. Juni 1927.

Von Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.

Wohnung

auch beschlagnahmefrei, 4 Räume, Küche, Mädchenzimmer, für sof. od. später ges. Zahle gute Miete. Schr. Off. unt. Nr. 8346 a. d. Lpsztg.

Wohnung

Mehrere herrl. Räume an Straßenbahn-Haltestelle bei Bad Meinberg abzugeben. Schr. Anfr. u. Nr. 8345 a. d. Geschst. d. Lpsztg.

Drei junge Kaufleute suchen für 3.—17. Juli

14 Tage Ferienaufenthalt

(Privat) bei voll. Verpflegung in schöner Gegend des Teutoburger Waldes. Angebote mit Preis u. Sch. 8361 an G. Geerkens, Annonc.-Exped., Hagen i. W.

Wohnhaus

in oder bei Detmold, in dem bis spätestens 1. Nov. d. J. eine abgeschlossene Etage von Küche und 3 Zimmern frei wird, evtl. Einfamilienhaus zu kaufen gesucht gegen Barzahlung. Ausf. schriftliche Angebote unt. Nr. 8326 a. d. Geschst. d. Lpsztg.

Suche zu kaufen:

flotte

Gastwirtschaft

Anzahl. bis 18 000 Mk. Schriftl. Angeb. unt. Nr. 8342 a. d. Geschst. der Landeszeitung erb. Vermittler verbeten.

Technikum Lemgo in Lippe

Höhere technische Lehranstalt. (10060
Abteilung I Maschinenbau, Elektrotechnik
Abteilung II Hoch-, Tief-, Eisenbetonbau.
Staatskommissare. Programm frei.

Ernst Schilp

Bücherrevisor und Steuersachverständiger
Tel. 223 **Detmold** Lange Str. 14
Steuerberatungen, Bilanz-Aufstellungen, Revisionen, Gutachten, Beseitigung von Zahlungsschwierigkeiten.
7645

Prima westfälischer
„Hermes"-Zement,
allen Natur- u. Milch-Zementen an Qualität in jeder Weise gleichwertig. Feinheiten, Raumbeständigkeiten, Mahlfeinheit und normale Abbindezeit werden entsprechend den deutschen Normen garantiert. (8174
Konkurrenzloser Preis Mk. 250.— je 10 t, auf Grundlage Frachtsatz Gelehe. einschl. Bahnfläche, prompt lieferbar.
Hermes-Zementgesellschaft Schulze & Co. Dortmund, Rautenbergshaus.

Käse billiger direkt ab Fabrik

Holländer Art (gelbe Rinde) 9 Pfd. M. 3.60
Holst. Tafelkäse (rot. Rinde) 9 Pfd. M. 3.60
ff. Tilsiter Art (gelbe Rinde) 9 Pfd. M. 4.50
Ia. Edamer Art (rot gewachst) 9 Pfd. M. 4.60
Alle Sorten werd. in m. Fabrik aus best. Rohmaterial hergest. Porto u. Verp. 1 Mk. extra.
Otto Damke, Käsefabr., Hamburg 39 a 146.
(8014)

Träger in allen Profilen
Monierеisen
aus großen Lagerbeständen liefern sofort und preiswert
F. Brüggemann Nachfolger
Lemgo (126

Total-Ausverkauf!

Wegen Umzugs und Aufgabe des Handels in **Musik-Kleininstrumenten** geben wir ab **weit unter Preis:**

Grammophone, Schrank- und Tischapparate, Violinen, Lauten, Gitarren, Mandolinen, Cellos, Waldzithern, Konzert- und Akkordzithern, Zug- und Mundharmonikas, Bestandteile, großes Lager Noten usw.

Prüssner's Piano- u. Musikalienhandlung
Lemgo.

Sofort zu verkaufen:

1 Wiha-Motorrad, in guter Beschaffenheit u. prima Bereifung, Pr. 60.— Mark.
1 Horko-Motorrad, tadellos erhalten, mit Doppelrahmen, Preis 120.— Mark,
1 D. K. W.-Motorrad, fast neu, in tadelloser Verfass., mit 2 Gängen, Leerlauf u. Kickstarter, vernick. Felgen, Preis 350.— M.

August Husemann
Schötmar
Oerlinghauser Straße

Inserieren bringt Gewinn

Junge Dame sucht b. 1. Juli freundliches, sonniges

möbl. Zimmer

Schr. Ang. u. Nr. 8360 a. d. Geschst. d. Lpsztg.

Konservatorisch gebildetes Fräulein erteilt gründlichen

Klavierunterricht

Stunden können auch im Hause des Schülers gegeben werden. (8120

Schwarzbauer
Bruchstraße 11 I

Drehbänke

in allen Abmessungen billig abzugeb. Dreyer, Bielefeld, Oerlinghauser Str. 18, Tel. 2310. (8328)

Für die Reisezeit!

Führer

Allgäu	3.—
D. Bayr. Hochland	4.—
Berlin	1.50
Engadin	2.—
Harz	3.75
Lüneburger Heide	2.25
München	1.50
Nordseebäder	2.—
Ostseeküste	3.50
Der Rhein	2.—
Sauerland	2.—
Schwarzwald	5.—

Nicht vorrätige Führer werden schnellstens besorgt.

Bücherstube d. Meyerschen Hofbuchhandlung
Detmold

Hotel Friedenstal
Heute Mittwoch:
Waffeltag
mit Künstlerkonzert.

Pivitsheide
Heute abend 8 Uhr:
Versammlung
bei Gastwirt Alf
zwecks Gründung eines Schießvereins

Vervielfältigungen
Abschriften, Rundschreiben, Reklamebriefe, Preislisten 2c.
Karl Lehbrink
Detmold, Paulinenstr. 65. Fernspr. 610.
10206



Steinbutt — Heilbutt
Schollen — Rotzungen
Schellfisch — Kabeljau
Donnerstag frisch und billig am Markt.
Matjesheringe frisch eingetroffen!
Niebur



7911,2

Für Vereine!
Tanzkontroller
Garderobeblocks
Eintrittsblocks
Kegelbücher
stets vorrätig
Paul Franz
Bad Salzuflen
Osterstraße 1

Landestheater
Mittwoch, den 22. Juni abends 7.45 Uhr
Gesellschaft
Freitag, den 24. Juni abends 7.45 Uhr
Der ungetreue Eckehart
Lustspiel von Sturm.

Beabsichtige, das
Gras
in einer Wiese, zirka 2 Scheffelsaat groß, zu verkaufen. (8327

Adolf Runte
in Horn i. L.

Betten, Bettfedern

Nur bewährte, reelle Qualitäten in bester, unübertroffener Reinigung! Preiswerte, neue Bettfedern das Pfund M. 1.40, 2.—, 2.80, 3.50, 4.60, 5.80. — Polarhalbdaunen M. 4.70, 6.90. — Silberweiße Bettfedern M. 7.50. — Silberweiße Halbdaunen M. 8.— und höher. — Polar-Daunen M. 8.90. — Polardaunen M. 10.80. Größte Auswahl in fertigen Inletts, Bettstoffen, fertigen Betten u. Steppdecken. — Verkauf gegen Nachnahme od. bar.

Betten-Spezialhaus
Pecher & Co.
nur in HERFORD am Hauptbahnhof.
Proben und Preisliste kostenfrei.
Keine Filialen!
Fernsprecher 668
131

Holzbearbeitungsbetrieb

im Freistaat Lippe, 12416 qm Grundstücksfläche, davon ca. 2200 qm bebaut, Lanz-Heißdampflokomobile 65—80—100 PS., eigene Stromerzeugung, ca. 30 Holzbearbeitungsmaschinen in Einzel- und Gruppenantrieb, eigene Reparaturwerkstatt mit 10 Werkzeugmaschinen, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Zu dem Betriebe gehören als Werkswohnungen ein Einfamilien- und ein Zweifamilienhaus. Schriftliche Anfragen unter Nr. 8219 an die Geschäftsstelle der Lippischen Landes-Zeitung erbeten.

Der neue „Ford"

in moderner Linienführung

5-sitziger Tourenwagen
Mk. 3290.—



5-sitzige Limousine
Mk. 3935.—

1/2 To. Chassis
Mk. 2465.—

1 To. Chassis
Mk. 2965.—

mit 5-facher Ballonbereifung, elektr. Licht u. Anlasser, Preise ab Fabrik Berlin zuzüglich Lieferungskosten.
Probefahrt jederzeit kostenlos und unverbindlich.

Maschinenfabrik
Aug. Burre, Brake in Lippe
Autorisierte Ford-Vertretung.



In Augenblicken der Ermüdung

und Nervenabspannung, bei anstrengenden Märschen und sportlicher Betätigung ist Kola Dallmann ein sofort wirkendes Belebungs- und Anregungsmittel.

Einige Tabletten bewirken eine starke Erhöhung der Leistungsfähigkeit, verleihen Ausdauer, Nervenkraft und freudige Stimmung.

Wanderer, Bergsteiger, Jäger und alle Sporttreibenden sollten immer die echten Kola Dallmann Tabletten mitführen, sie sind ein nie versagendes, hochkonzentriertes Anregungs- und Erfrischungsmittel.

KOLA DALLMANN

Schachtel M. 1.- bequem in der Westentasche zu tragen, in Apotheken und Drogerien erhältlich.

Die Aufnahme der neuen Gemeindeverfassung

Die erste Lesung im Landtag — Schwere Bedenken bei allen Parteien — Kreis- oder Amterverfassung?

Der Sitzungsbericht

Sitzung vom Dienstag, 21. Juni, vormittags.

Anwesend sind 20 Abgeordnete. Es fehlt der Abgeordnete Potthast. Am Regierungstisch die Mitglieder des Landespräsidiums Drake, Staercke und Geise, sowie Oberregierungsrat Heise und Regierungsrat Dr. Petri.

Präsident Meier gibt nach Eröffnung der Sitzung folgende Eingänge bekannt: Vorlage 103 (Wertzuwachssteuergesetz); ein Schreiben des Landespräsidiums betreffend den Ankauf von 25 Anteilen der Dörentruper Sand- und Tonwerke; ein Schreiben des Lippischen Lehrervereins zur Frage der Aufhebung der Schulgemeinden; eine Eingabe des Gemeindeausschusses von Nienhagen im Amte Schötmar, der sich gegen die Aufhebung des Amtes Schötmar wendet und ein in gleichem Sinne gehaltenes Schreiben des Gemeindevorstandes von Oberwüsten. Der Gemeindeausschuß von Wendlinghausen protestiert gegen die Zuweisung der Gemeinde zum Kreis Blomberg. Alle diese Eingaben sollen zusammen mit der Vorlage über die Gemeindeverfassung behandelt werden. Ein Schreiben des Herrn Heinrich Vieregge in Lüerdissen, betreffend eine Beschwerde über Mietstreitigkeiten, wird dem Landespräsidium überwiesen. Der Lippische Städtetag hat gleichfalls eine Eingabe zum Gemeindeverfassungsgesetz an den Landtag gerichtet. In dieser Eingabe wird der Ämterverfassung der Vorzug vor der Kreisverfassung gegeben und die Auflösung der Schulgemeinden begrüßt, weil dadurch klarere Verhältnisse geschaffen würden. Es müsse aber ausgeschlossen werden, daß die Durchführung der Auflösung auf dem Verordnungswege erfolgt. Dies könne nur durch Gesetz vor sich gehen. Der Städtetag bittet zum Schluß, bei den weiteren Beratungen der Gemeindeverfassung seine Vertreter zu hören und schlägt hierfür folgende Herren vor: Oberbürgermeister Dr. Peters-Detmold, Bürgermeister Spelge-Horn, Stadtverordnetenvorsteher Sauerländer-Lage. Als Stellvertreter werden benannt: Bürgermeister Dr. Volmer-Blomberg, Bürgermeister Gierlichs-Lage, Stadtverordnetenvorsteher Stenebergs-Barntrup. Von der Extertalbahn-A.-G. ist schließlich noch eine Einladung zur Einweihung der ersten Teilstrecke der Bahn am 8. Juli eingegangen. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gemeindeverfassungsgesetzes.

Mitglied des L.-Pr. Drake:

Bei der Begründung der Vorlage kann ich es mir ersparen, auf alle Einzelheiten einzugehen. Wir haben ja schon vor 3 Jahren eine grundsätzliche Aussprache über alle diese Dinge gehabt, und der jetzt dem Landtage übermittelte Gesetzentwurf weicht im wesentlichen nur in organisatorischer Beziehung von der Vorlage ab, die den Landtag bereits vor 3 Jahren, wenn auch nur in 1. Lesung, beschäftigt hat. Ich möchte aber auch deshalb mich auf einige wenige allgemeine Gesichtspunkte beschränken, weil ich die Ueberzeugung habe, daß es im Augenblick besser ist, die vorhandenen Gegensätze nicht zu verschärfen, sondern darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie zur Ermöglichung einer gemeinsamen Arbeit ausgeglichen werden, selbstverständlich nur auf einer Grundlage, die vom Standpunkte der praktischen Verwaltungsarbeit aus als erträglich angesehen werden kann. Es ist übrigens auch nicht erforderlich, sich jetzt schon allen Einzelheiten zuzuwenden, weil die Beratung der Vorlage nicht so schnell erledigt sein wird, wie das der eine oder andere wünschen mag. Wir werden uns etwas Zeit lassen müssen, und zwar auch deswegen, weil Preußen nach den Mitteilungen, die uns geworden sind, in kurzer Zeit an die endgültige Erledigung seiner Gemeindeverfassungsgesetze herantreten wird und weil es doch wohl als zweckmäßig angesehen werden muß, das Ergebnis dieser endgültigen preußischen Beratung bei unseren Verhandlungen zu berücksichtigen.

Ueber die große Bedeutung der Vorlage

wird sich niemand im Unklaren sein. Ein Gemeindeverfassungsgesetz ist vom praktischen Standpunkte aus sogar höher zu bewerten als die allgemeine Verfassung, und das hat seinerzeit schon der damalige Landtagspräsident v. Lengerke zum Ausdruck gebracht. Bei der allgemeinen Verfassung handelt es sich zum Teil um Richtlinien, während bei der Gemeindeverfassung mehr als dort Rücksicht auf die praktische Kleinarbeit genommen werden muß.

Die Notwendigkeit der Reform

ergibt sich erstens aus der Unzulänglichkeit der jetzt bestehenden Gesetze. Sie enthalten zum Teil Verfassungswidrigkeiten und müssen schon aus diesem Grunde abgeändert werden. Zum andern stehen die Gemeindewahlen bevor, für die es wünschenswert ist, daß sie auf der neuen Verfassungsgrundlage vorgenommen werden. Ferner kommt auch die Vereinfachung der Verwaltung in Frage, die das Landespräsidium stets für eine besondere und wichtige Aufgabe erkannt hat, und für deren Fortsetzung die Umgestaltung der bestehenden Gemeindegesetze eine Voraussetzung ist. Nicht verkannt werden darf dabei, daß wir uns mit der Vorlage im Einklange mit der Entwicklung halten, die in den anderen deutschen Ländern zu verzeichnen ist. Ueberall, wohin Sie sehen, finden Sie die Grundzüge dieser Verfassungsvorlage bereits verwirklicht, und wenn in Preußen die Durchführung noch nicht ganz gelungen ist, so hat das nur an den besonderen Schwierigkeiten gelegen, die in einem so großen Staatswesen ganz natürlich erwachsen. Ueberall legt man Wert auf leistungsfähige Gebilde der Selbstverwaltung, die den rein staatlichen Dienststellen die Aufgaben abnehmen oder erleichtern.

Die Grundlage der Reform

ist gefunden worden unter engster Anlehnung an die praktische Verwaltungsarbeit. Wir sind uns im Landespräsidium schon seit Jahren darüber klar, daß ein Abbau in der Zentrale, d. h. in der Regierung und im Landespräsidium, geschehen muß. Seit Jahren klagen unsere Mitarbeiter auch schon darüber, daß sich die Arbeiten fortgesetzt häufen, und wir stehen immer wieder vor der unangenehmen Entscheidung, ob neue Kräfte eingestellt werden sollen, die natürlich einen erhöhten Besoldungsaufwand erfordern. Damit ist auch der Landtag berührt, denn es erwächst dem Landtage die Aufgabe, neue Bewilligungen eintreten zu lassen, obwohl man sich sagen müßte, daß durch eine Verwaltungsreform eine Verminderung der Ausgaben in der Zentrale erzielt werden könnte. Das Land hat nun einmal als selbständiges Staatswesen mancherlei landespolizeiliche Aufgaben und auch Aufgaben, die aus der Reichsgesetzgebung ohne weiteres erwachsen, die aber nicht Aufgaben der Selbstverwaltung sind, und diese Arbeiten haben sich im Laufe der Jahre leider vermehrt. Wir haben unsererseits mehr als einmal darauf hingewiesen, daß ein Abbau auf diesen Gebieten erfolgen muß. Aber unsere Stimme ist schwach, und die verehrten Abgeordneten wissen selbst, wie es in dieser Hinsicht im Reiche und im Reichstage steht. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß wir uns in der Zentralstelle mehr als bisher von den Aufgaben der Selbstverwaltung befreien und sie den Stellen zuweisen, die für ihre Lösung besser geeignet sind als Landespräsidium und Regierung. Wenn Sie diese Entwicklung und diese tatsächlichen Verhältnisse innerlich würdigen, werden Sie ohne weiteres zu der Erkenntnis kommen, daß wir den in der Vorlage vorgeschlagenen Schritt in der einen oder anderen Form tun müssen, wenn wir nicht die Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten auf der anderen Seite vermehren wollen. Eine Abbürdung der Lasten und Aufgaben ist aber nur dann möglich, wenn in der Selbstverwaltung

leistungsfähige Gebilde

vorhanden sind, die nicht von vornherein versagen. Diese Gebilde sehen wir in den Kreisen. Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß vielleicht eine andere Abgrenzung und Einteilung möglich wäre, wie ja auch früher der Gedanke, die kleinern Städte mit in die Kreisverwaltung einzubeziehen, eine Rolle gespielt hat. Wichtig ist für uns nur, daß der innere Gehalt dieses Gedankens keine unzweckmäßige Beeinträchtigung erfährt, d. h. also, eine weitere Konzentration vermieden wird. Wie ein roter Faden zieht sich daher auch durch alle Verhandlungen der früheren Jahrzehnte der Gedanke einer zweckmäßigen Dezentralisation. Mögen Sie die Verhandlungen des alten Kurienlandtags von 1836 oder die Verhandlungen des Volksparlaments vom Jahre 1848 lesen, oder die späteren Entwürfe und Beratungen berücksichtigen, immer stoßen wir auf diese Vorstellung von der Unzweckmäßigkeit allzukleiner Selbstverwaltungsgebilde, die den Nachteil innerer Verkümmerung in der einen oder andern Weise in sich tragen. Das ist auch in den Verhandlungen der letzten Jahrzehnte wiederholt hervorgetreten, und man kann nur immer wieder sagen, daß sich das Wort stets bewahrheitet, was in der einen der Denkschriften am Schlusse steht, daß nämlich dieser gesunde Gedanke sich doch durchringen wird, mögen die Schwierigkeiten noch so groß sein. Darauf vertraut ja auch das Landespräsidium, wenn es diese Vorlage dem Landtage zu praktischer Mitarbeit unterbreitet. Man kann es ja wohl auch als Aktivum dieser Vorlage bezeichnen, daß in der Tat die in der Landesverwaltung praktisch tätigen Männer ohne Ausnahme der Vorlage insofern zustimmen, und daß sie nicht der Auffassung sind, daß durch die Einrichtung von Aemtern einer gesunden Entwicklung der Landesverwaltung Vorschub geleistet werde.

Dabei will ich nicht unausgesprochen lassen, daß eine Gefahr besteht, die man nicht unterschätzen darf, die Gefahr nämlich, daß man sich an das Schema und an die Form und reinen Begriffe und Vorstellungen klammert, ohne daß man diesen Vorstellungen in ihrem inneren Gehalt zu Leibe ginge. Das ist eine Gefahr, die in der Tat nicht unterschätzt werden darf, die aber allemal auftritt, wenn größere Aufgaben gelöst werden sollen und Interessengegensätze sich auftun. Damit soll gesagt sein, daß es absolut verfehlt sein würde, einfach zu klassifizieren Kreisverfassung oder Aemterverfassung, wenn man nicht zuvor sich darüber klar wird, was steckt hinter diesen Begriffen und Vorstellungen, oder was will und was muß dahinter stecken. Die Namen sind schließlich Schall und Rauch, es kommt hier nur darauf an, daß wir die Selbstverwaltung so ordnen, daß sie jede gebotene Rücksicht auf die Lebensbetätigungen der Bevölkerung nimmt, in sich gesunde Möglichkeiten bietet und sparsam ist. Diese Voraussetzungen treffen nach unserer Ueberzeugung bei dem vorliegenden Gesetzentwurf zu, aber ich betone,

daß wir elastisch genug sind, auf verständige Einwendungen einzugehen und in der einen oder anderen Form anzuerkennenden Vorschägen auf Verbesserungen und Ausgestaltung zu entsprechen.

In der Oeffentlichkeit ist bereits darauf hingewiesen worden — und nur dies möchte ich in meinen kurzen zusammenfassenden Ausführungen noch berühren —, daß sich die Zurückstellung der Vorlage schon deshalb empfehle, weil die Frage noch nicht geklärt sei, ob wir uns an Preußen anschließen und weil die Finanzreform noch nicht in ihrer endgültigen Gestaltung vorliege. Die Rücksicht auf die Reform scheint mir geradezu verfehlt zu sein. Wollten wir mit der Gemeindeverfassungsreform warten, bis die Finanzangelegenheiten endgültig geregelt sind, so würden wir ja eine zweimalige Umstellung vornehmen müssen, denn dann müßten die alten Verwaltungsgebilde noch nach den neuen Grundsätzen ihre Ueberweisungen erhalten. Umgekehrt wird es richtig sein, daß man nämlich die Gemeindeverfassung fertig macht und so die endgültige Grundlage schafft für die zweckmäßige Gestaltung der Finanzreform. Und der andere Gesichtspunkt, die Anschlußfrage, kann wohl auch nicht als maßgebend in diesem Sinne angesehen werden. Denn die Ereignisse auf diesem Gebiete vollziehen sich offenbar nicht so schnell, wie mancher das nach seiner grundsätzlichen und politischen Auffassung wünschen möchte, abgesehen davon, daß nach eingehenden Vorverhandlungen letzten Endes auch eine Abstimmung der Landesbewohner stattfinden muß. Wir können also unmöglich in Rücksicht auf diese ganz ungewisse Entwicklung unsere Gemeindeverfassungsreform zurückstellen.

Auf diese wenigen Worte will ich mich bei der allgemeinen Begründung der Vorlage beschränken aus den Gründen, die ich bereits angeführt habe, und ich will namens des Landespräsidiums nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es in der Einzelberatung gelingt, ein Werk zu bereiten, das dem Lande und seinen Bewohnern zum Segen gereicht.

Abg. Meier (Soz.):

Die dem Landtag unterbreitete Vorlage über eine Gemeindeverfassung wird uns zweifellos geraume Zeit beschäftigen. Da wird dann hinreichend Gelegenheit gegeben sein, sich mit allen Einzelheiten auseinanderzusetzen. Wir möchten uns deshalb im Augenblick auf wenige Bemerkungen beschränken.

In ihrer grundsätzlichen Bedeutung und ihrer praktischen Auswirkung stellt die neue Gemeindeverfassung eines der wichtigsten Gesetze dar, die seit dem Kriege vom Landtage zu schaffen waren. Man kann vielleicht sagen, daß sie in dieser Beziehung nicht zurücksteht hinter dem bedeutsamsten Gesetzgebungswerk der letzten acht Jahre, nämlich der Staatsverfassung. Angesichts dieser Tatsache ist es selbstverständlich, daß wir der Vorlage ein ganz besonderes Interesse und höchste Aufmerksamkeit zuwenden. Und wir glauben uns darin mit dem ganzen Landtage eins zu wissen.

Die Gemeindeverfassung ist nicht zuletzt ein politisches Werk. Das wird dazu führen, daß bei ihrer Beratung die politischen Auffassungen der im Landtag vertretenen sieben politischen Gruppen stärker als sonst in den Vordergrund treten. Bei der Kräfteverteilung ist es auch selbstverständlich, daß — wenn die Vorlage Gesetz werden soll — ein guter Ausgleich angestrebt werden muß. Wir gehen davon aus, daß angesichts der mancherlei Unzuträglichkeiten, die sich seither aus dem Nebeneinander der vorläufigen Gemeindeverfassung und den veralteten Gemeindeordnungen ergeben haben, jetzt alle Kraft darauf konzentriert werden muß, daß nach den Fehlschlägen der vergangenen Jahre nunmehr die endgültige Gemeindeverfassung zustande kommt. Bei gutem Willen auf allen Seiten wird das gewiß erreicht werden können.

Und nun zu der Vorlage selbst einige Worte. Die Vorlage des Landespräsidiums bestätigt uns die alte Erkenntnis, daß des Lebens ungemischte Freude keinem Sterblichen zuteil wird. Soweit es meine Aufgabe ist, hier den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion darzutun, habe ich zu erklären, daß wir

die Vorlage in einer Reihe von wichtigen Punkten lieber anders gesehen hätten.

Wir erkennen an, daß sich die Vorlage bestrebt, das lippische Gemeinderecht möglichst unter einem leitenden Gesichtspunkt klar und übersichtlich zu gestalten. Und wir denken nicht daran, zu verneinen, daß die Vorlage gegenüber dem bisherigen Zustande in der Richtung einfacher Gestaltung der gesamten Landesverwaltung einen kräftigen Schritt nach vorwärts bedeutet. Aber wir haben zu bedauern, daß sie es bei diesem einen Schritt sein Bewenden haben läßt. Unser Land ist klein. Aber auch aus allgemeinen — insbesondere aus wirtschaftlichen — Gründen kann es keinen Verwaltungsapparat tragen, der größer und teuerer ist, als unbedingt sein muß. In einem der größeren Länder wäre es aber wohl kaum denkbar, daß auf einem so kleinen Raum und bei einer so kleinen Einwohnerzahl drei Landratsämter vorhanden sind. Wir sind fest davon überzeugt, daß die

Einteilung des Landes in zwei Kreise

den tatsächlichen Bedürfnissen und Aufgaben vollauf genügen würde. Wir haben durchaus Verständnis für das Bestreben, das, was bisher war, zu erhalten. Aber gegenüber den schon jetzt aus dem bisherigen Verwaltungsbezirk Schötmar gekommenen Protesten wollen wir jetzt gleich mit Nachdruck betonen, daß den praktischen Bedürfnissen der einzelnen — besonders der entlegenen — Landesteile auch auf andere, einfachere und für das ganze Land billigere Weise entsprochen werden kann. Wir halten es durchaus für denkbar, daß in zahlreichen Gemeinden eine Zusammenlegung der Verwaltungsgeschäfte mit denen benachbarter Gemeinden erfolgen kann; wodurch ohne weiteres die Möglichkeit gegeben würde, daß die meisten Angelegenheiten, die den einzelnen Gemeindebürger mit den Verwaltungsbehörden von Zeit zu Zeit in Verbindung bringen, unmittelbar von dem Gemeindevorsteher erledigt werden können. Aber selbst dann, wenn dagegen Bedenken bestehen sollten, könnten leicht Einrichtungen geschaffen werden, durch die die bisherigen Wege zu den Verwaltungsämtern nicht nur nicht verlängert, sondern vielfach noch verkürzt werden würden.

Bei den Städten hat die Vorlage den bisherigen Zustand gänzlich unberührt gelassen. Selbst die kleinsten städtischen Gemeinden sollen also nach wie vor in der Verwaltung völlig getrennt von den sie umgebenden ländlichen Gebieten bleiben, trotzdem sie wirtschaftlich mit diesen Gebieten völlig eins sind.

Wir haben gewiß Verständnis für die geschichtliche Entwicklung. Aber wir glauben nicht, daß es richtig ist, den Blick lediglich auf diese Entwicklung zu richten. Wenn in den wirtschaftlichen Dingen zwischen den Landgemeinden und den kleinen Städten keine fundamentalen Unterschiede festzustellen sind, dann fällt jeder durchschlagende Grund für eine Herausnahme jener Städte aus der Zusammenfassung der Gemeinden in den Kreisen fort. Von solchen fundamentalen Unterschieden in der wirtschaftlichen Struktur kann aber doch höchstens bei den drei größten Städten des Landes die Rede sein. Wir bedauern es deshalb, daß die Vorlage in diesem Punkte alles beim alten läßt.

Als gänzlich unbefriedigend erscheint uns auch die Tatsache, daß

die Frage der Schulgemeinden

in der Vorlage nur ganz nebenher und andeutungsweise berührt wird. Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Vorlage die Aufhebung der Schulgemeinden nicht nur sozusagen theoretisch, sondern praktisch vorbereitete. Daß wir ohne Schaden von dieser veralteten Einrichtung abkommen können, beweist die Entwicklung des Berufsschulwesens in den letzten Jahren.

Das sind die wichtigsten Einwände, die wir gegenüber der Vorlage in grundsätzlicher wie praktischer Beziehung zu erheben haben.

Im übrigen wissen wir ja, daß wir nicht allein zu bestimmen haben, und daß wir in Lippe nur dann jetzt zu einer Neuordnung des Gemeindeverfassungswesens kommen werden, wenn es gelingt, eine Landtagsmehrheit auf einem Mittelwege zu vereinigen. Dazu wollen wir nach Kräften beitragen. Und wenn die gleiche Absicht auch bei den übrigen Gruppen im Landtage obwaltet, dann wird das Werk gelingen!

Abg. Kreiling (Dntl.):

Wir halten die Einbringung der Vorlage im gegenwärtigen Augenblick für verfrüht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß bei der Unsicherheit unserer Lage erst einmal der endgültige Finanzausgleich abgewartet werden muß, weil wir andernfalls gezwungen werden könnten, die Gemeindeverfassung nach einigen Jahren wieder abzuändern, und weil jedes Gesetz, das gelingt wird, die Auslegung erschwert. Wir wissen auch noch nicht, wie es mit der staatlichen Selbständigkeit des Landes werden wird.

Darum halten wir die Beratung eines so wichtigen Gesetzes jetzt nicht für praktisch.

Die Vorlage weicht von der früheren in wesentlichen Punkten ab, weil sie nicht, wie es damals beabsichtigt war, die kleinen Städte mit den Amtsgemeinden verbindet, sondern die kleinen Städte heraus läßt. Dann weicht sie auch darin ab, daß auch die Schulgemeinden von den politischen Gemeinden übernommen werden sollen. Ich glaube gern, daß die Bürgermeister damit einverstanden sind, aber es ist eine andere Frage, ob das auch im Interesse der Schulen liegt. Es mag zugegeben werden, daß in der alten Gemeindeverfassung und auch in der Städteordnung mancherlei Mängel vorhanden sind, aber m. E. lassen sich diese Mängel leicht beseitigen. Wenn gesagt wird, daß die bisherige Gemeindeverfassung mit einzelnen Bestimmungen der Reichsverfassung im Widerspruch steht, so kann man auch sehr wohl der Auffassung sein, daß auch die Reichsverfassung dringend der Abänderung bedarf. In der letzigen Amtsgemeindeorganisation kommen die Gemeinden durch ihre Vorsteher zur Geltung. Das würde in der Kreisverfassung nicht mehr der Fall sein, jedenfalls nicht für die kleinen Gemeinden. Aus der Vorlage geht hervor, daß man bestrebt ist, möglichst viele besoldete Gemeindebeamten zu haben.

Ich meine, daß sich die jetzige Amtsgemeindeverfassung im wesentlichen bewährt hat. Ich sehe nicht ein, warum die preußische Kreisverfassung für unsere Verhältnisse günstiger sein soll. Die Steuerzahler würden nur mehr Ausgaben und Unbequemlichkeiten haben. Man möge es also beim Alten lassen, solange man nicht weiß, was aus Lippe wird.

Es mag schon sein, daß die Zentralbehörden bei der Regierung auf dem Standpunkt stehen, die Gemeindeverfassung grundlegend zu ändern, aber das ist nicht ausschlaggebend. Man muß auch die Frage aufwerfen: Wie ist es für die Einwohner am bequemsten? Wir verhehlen uns nicht, daß es sich um eine sehr wichtige und schwierige Materie handelt. Ob es richtig ist, daß man die kleinen Städte aus den Kreisen heraus läßt, will ich jetzt nicht weiter erörtern. Es gibt gewiß eine ganze Menge gemeinsamer Interessen zwischen den kleinen Städten und den umliegenden Amtsgemeinden, aber es sind auch eine ganze Anzahl trennender Momente vorhanden. Wenn die Regierung auf dem Standpunkt steht, es müßten möglichst leistungsfähige Gebilde geschaffen werden, dann kann ich nicht begreifen, warum man Städtchen mit 800 Einwohnern selbständig lassen will. In der Vorlage ist in vielen Punkten

das demokratische Prinzip ziemlich in den Hintergrund getreten.

Die demokratischen Grundsätze werden darin sehr verwässert. Nach § 81 soll z. B. der Gemeindevorstand ermächtigt sein, Zwangsgelder bis zu 1000 ℳ festzusetzen und auch die Zwangshaft anzuordnen. Ich wundere mich, daß nicht auch noch die Zwangsjacke dabei ist, aber das kommt vielleicht noch in der Ausführungsverordnung. (Heiterkeit.) Das erinnert an mittelalterliche Zustände. Wenn das Gesetz wird, ist der Polizeistaat mit einem Polizeileutnant fertig. In einem modernen Staat sollte man derartige Experimente nicht machen. Aber es ist schon Tatsache, daß die Leute, die sich Demokraten nennen, in der Praxis gar nicht demokratisch handeln. Die Selbstverwaltung wird durch die Vorlage sehr wesentlich beschränkt, so daß sie eigentlich nur auf dem Papier steht. Nach der neuen Vorlage soll das Land einen Vorzug gegenüber den Städten haben, und zwar insofern, als die Landbewohner zweimal wählen sollen, nämlich zum Dorfausschuß und zum Kreistag, die Städte sollen nur zu den Stadtverordnetenversammlungen wählen. Man könnte es je nach Auffassung aber auch einen Vorteil nennen. Mir scheint, daß die Triebfeder bei der Vorlage mehr das politische Moment gewesen ist, als das praktische. Das bedauere ich. Ich kann es auch nicht für richtig halten, daß die Schulgemeinden einfach auf dem Verordnungswege aufgelöst werden sollen.

Die Schulgemeinden haben sich in langen Jahren durchaus bewährt.

Unter keinen Umständen darf man die Schulgemeinden mit den politischen Gemeinden verquicken. Schon heute kann ich erklären, daß, wenn nicht noch ganz wesentliche Änderungen, die für uns annehmbar sind, in das Gesetz hineingebracht werden, die Vorlage von uns abgelehnt werden wird.

Abg. Müller-Oerlinghausen (D. V. P.):

Der Gedanke an die Reform der lippischen Gemeindeverfassung ist nun schon seit langen Jahren nicht nur in der Bevölkerung erörtert, sondern auch innerhalb der verschiedenen Landespräsidien, die wir gehabt haben, immer wieder als eine wichtige Aufgabe angesehen worden. An sich ist deshalb die Einbringung der Vorlage Nr. 100 mit ihren 62 Seiten und 157 Paragraphen nicht erstaunlich, und die Oeffentlichkeit ist durch verschiedene Verlautbarungen von Parteien und Kennern der Dinge genügend darauf vorbereitet.

Wenn die früheren Vorlagen, sei es der betreffenden Regierungsdezernenten an das Landespräsidium, sei es des Landtagspräsidiums an den Landtag, bisher an keiner Stelle einen durchschlagenden Erfolg hatten, so lag das z. T. daran, daß eine den lippischen Verhältnissen in vollem Umfange gerecht werdende Lösung bisher nicht gefunden wurde oder daß man sich nicht überzeugen konnte, daß von dem betreffenden Landtage die Angelegenheit besonders dringlich betrieben werden müsse.

Ob der gegenwärtigen Vorlage ein besseres Schicksal beschieden ist, scheint unserer Fraktion nach ernsthafter und sachlicher Erwägung alles Für und Wider doch zweifelhaft zu sein, und ich darf diesen Standpunkt der Zurückhaltung auf unserer Seite etwas näher begründen.

Soll ein solch umfassendes, in alle Stufen des gemeindlichen Lebens scharf eingreifendes Gesetzwerk von einer großen Mehrheit des Landtages genehmigt werden, so müßte man darin u. E. vor allen Dingen zwei wichtige Fragen vorangestellt sehen, nämlich

1. Welche Tatsachen haben sich gezeigt, die eine so grundlegende Aenderung, wie sie hier vorgeschlagen wird, als unumgänglich notwendig erscheinen lassen, die einen großen Teil des geschichtlich Gewordenen und praktisch Bewährten beseitigt und

2. werden Ersparnisse, Beschleunigungen und Vereinfachungen des Verfahrens und der Entscheidungen durch die Neugestaltung in einem Ausmaß herbeigeführt, das die Hoffnung rechtfertigt, daß die Bevölkerung die Neuordnung als eine willkommene Gabe begrüßen kann?

Sowohl in der Begründung zu dem Gesetz als auch vom Mitglied des Landespräsidiums, Herrn Drake, wird betont, daß der Entwurf sich im wesentlichen an das preußische Vorbild anlehnt, aber es wird nicht gesagt, warum man gerade das preußische Vorbild, d. h. dasjenige eines Großstaates mit großen leistungsfähigen Provinzen, als das allein für unsere kleinen Verhältnisse in Frage kommende ansieht. Will man darüber zu einem gewissen Urteil kommen, so wird man zunächst sich fragen müssen, ob denn im übrigen die Einrichtungen des Staates in kultureller, wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung den preußischen so ähneln, daß auch der Unterbau nach preußischem Muster gestaltet werden muß, wenn alles besser und befriedigender laufen soll als bisher.

Gerade bei dieser Betrachtung stoßen uns aber erhebliche Bedenken über die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges auf.

Die Aufgaben der Gemeindeverbände,

einerlei, ob Kreise oder Aemter und entsprechend auch der Städte, sind in Lippe in wirtschaftlicher und steuerlicher Hinsicht aber ganz anders gestaltet als in dem uns umgebenden Preußen und der Mehrzahl der deutschen Staaten. Ich denke hierbei an die meisten ins Auge fallenden Vergleichsmomente, nämlich daran, daß der Staat bei uns die Hauptlast der Straßen, der Schulen, der Landeskrankenanstalten trägt und daß alle hiermit in Zusammenhang stehenden Beschlüsse und Bewilligungen, die in Preußen teils die Provinzen, teils die Kreise und Städte vorzunehmen haben, bei uns zum größten Teil infolge dieser Kleinheit des Landes angepaßten Regelung fortfallen. Das bedeutet aber, daß von vornherein diese wirklich lebenswichtigen Aufgaben, soweit sie von besonderer Tragweite sind, und die Kreis- oder Gemeindeeingesessenen interessieren, ausscheiden. Es steht deshalb zu befürchten, daß letzten Endes die Schaffung von 3 Kreisparlamenten in unserem kleinen Lippe wohl geeignet sein könnte, die politischen Leidenschaften auch in die hier in Frage stehenden Verwaltungsangelegenheiten hineinzutragen, ohne daß besondere Erfolge für die Allgemeinheit dabei herausschauen könen. Wir leiden in Deutschland ohnehin schon an einer Ueberzahl von gesetz- und beschlußfassenden Versammlungen, die in unproduktivster Weise Zehntausende von Kräften in Anspruch nehmen und es scheint uns gerade deshalb eine wirkliche Ersparnis bei diesem Teil der Vorlage nicht gegeben zu sein.

Es ist ferner zu bedenken, daß gerade in einem kleinen Lande mit eigener Gesetzgebungsmaschine die Berührung zwischen Bevölkerung, Behörden, Parlament und Regierung schon wegen der Entfernungen eine so viel nähere ist, daß sehr oft Dinge, die in einem Großstaat eine verhältnismäßig lange Frist durch viele und reichlich weit entfernte Instanzen benötigen, bei uns kurz und schmerzlos durch Gesetz oder Verordnung erledigt werden können, was uns ebenfalls bezüglich der Notwendigkeit einer Kreisverfassung für Lippe zweifelhaft macht.

Es darf ferner bei der Gestaltung dieser Vorlage nicht übersehen werden, welch außerordentlich große Zahl von kleinen Gemeinden vorhanden ist, die sich aus der Eigenart der ländlichen lippischen Bauweise im Laufe der Jahrhunderte entwickelt haben, und alle diese Gemeinden müssen sich darüber klar sein, daß vermutlich doch allerhöchstens jede dritte oder vierte von ihnen durch ein Mitglied im Kreistage vertreten sein kann. Auch hier liegen zweifellos gewichtige Gründe dafür, daß die Amtsgemeinden oder eine ihnen angepaßte Aenderung durchaus nicht schlecht durchdacht gewesen sind, sondern daß sie das Interesse der eingesessenen Landbevölkerung an der Auswirkung ihrer Beschlüsse wachgehalten haben.

Weiter wird in der Vorlage als wesentlich die Schaffung sogenannter „leistungsfähiger" Kreise hervorgehoben, das Landespräsidium scheint aber selber z. B. in bezug auf den Kreis Blomberg, bei den für ihn vorgesehenen Grenzen, diesen Punkt nicht als pupillarisch sicher erfüllt anzusehen und doch muß er als sehr maßgeblich mit in Rechnung gestellt werden, wenn man schon glaubt, auf diese Weise eine klarere und bessere Gestaltung der Dinge erreichen zu können. Wir stehen vorläufig auf dem Standpunkte, daß die von manchen Seiten vertretene Aemterverfassung doch gewisse Vorzüge hat, die man in weitgehender Weise berücksichtigen sollte, wobei man sicher sein muß, daß sie

1. den amtlich eingesessenen Einwohnern Erleichterung und Zeitersparnis und

2. Beschleunigung und möglichst auch Verbilligung bringen sollte. Wir wollen das nicht ohne weiteres als gegeben ansehen, sondern sind gern bereit, uns hierüber von den Herren der praktischen Verwaltung belehren zu lassen.

Nach unserem Dafürhalten sollte es möglich sein, ohne dem vom Landespräsidium befürchteten Aufbau der Behörden in Detmold die Vorteile der Aemter nicht aus dem Auge zu lassen und sie entsprechend zu verwerten, und nicht eine Lösung zu versuchen, deren Erfolg aus den verschiedenen dargelegten Gründen zweifelhaft sein muß, wenn schon die Vorlage selbst die Bildung von Zweckverbänden vorsieht, die sogar erzwungen werden kann, so ist nicht einzusehen, warum man nicht auf diesem Wege sehr vieles lösen könnte, was für eine einzelne Gemeinde zu umfangreich und deshalb undurchführbar erscheint.

Wir billigen durchaus die Tendenz, auf das historisch Gewordene Rücksicht zu nehmen, soweit es sich als vernünftig erweisen hat, und

begrüßen deshalb die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der Städte,

obgleich wir sagen müssen, daß Kreise folgerichtig eine andere Lösung bedingen müßten, wenn man schon glaubt, daß nur mit der Kreisverfassung in Lippe das Glück der Gemeinden und seiner Insassen erreicht werden kann. Wenn ein Mitglied des Landespräsidiums diese grundlegende Aenderung damit begründet, daß die Amtsgemeinderäte eine politische Farbe hätten, die nicht mit den Abstimmungsergebnissen übereinstimmt, so macht uns dieses Argument in mancher Beziehung besonders bedenklich; denn gerade die Unabhängigkeit der bisherigen Verwaltungsämter in politischer Beziehung hat sicher auf die Billigkeit der lippischen Verwaltung und auf die ruhige Sachlichkeit der Entscheidungen einen nicht zu unterschätzenden günstigen Einfluß gehabt. Es ergibt sich daraus eben die von uns zu Anfang gestellte Frage, ob denn wirklich die Bevölkerung bei den bisherigen Zuständen so schlecht gefahren ist, daß sie unbedingt geändert werden müssen.

Unsere Fraktion steht ganz gewiß notwendigen Reformen und wohlbegründeten modernen Anschauungen nicht ablehnend gegenüber, aber sie hat das dringende Bestreben, nur da ändernd einzugreifen, wo in den Gemeinden bei rein sachlicher Betrachtung Fehler oder veraltete Einrichtungen festgestellt werden müssen. Eine weitere Schwäche der Kreisverfassung und der weitab vom Schuß gelegenen Kreisstädte und Kreistage, soll evtl. durch regelmäßige Sprechtage ausgeglichen werden, welcher Vorschlag eigentlich ein Beweis für die Richtigkeit des bisherigen Zustandes in unseren Verhältnissen ist.

Auch das Vorbringen, ein Amtmann und sein Schreiber könnten die heutige moderne Verwaltungsarbeit nicht bewältigen, und es würden weit mehr Kräfte benötigt werden, wenn man die Kleinarbeit mehr dezentralisierte, scheint uns durchaus nicht erwiesen zu sein; denn mit den in unserem Staatshaushalt ausgeworfenen etwa 200 000 Mark für die Kosten der Verwaltungsämter, die nach der Vorlage nunmehr den Kreisen zur Last fallen sollen, ohne daß dies gesagt wird, woher diese dazu die Gelder nehmen sollen, läßt sich schon sehr viel erreichen, fest steht aber wohl, daß die Schaffung der Kreise, Kreistage und Ausschüsse

ganz erheblich höhere Ausgaben

verursachen muß, als sie an sich heute die Verwaltungsämter zuzüglich der doch verhältnismäßig billig arbeitenden Amtsgemeinderäte erfordern. Ohne Aenderung des Finanzausgleichs zu Gunsten der Kreise kann also auch die Neuordnung nicht durchgeführt werden. Auch die Sicherung der von den Kreisen zu übernehmenden Beamten wird in dieser Richtung zu reichlichen Ueberweisungen nötigen.

Auf vielfachen Widerstand wird entschieden die Aufhebung der Schulgemeinden stoßen, die sich bisher in mancher Beziehung als segensreich und sehr schwer ersetzbar erwiesen haben, gerade bei der Lage der Dinge, wie sie sich bei uns historisch entwickelt hat.

Man wird die Schulgemeinden an zahlreichen Stellen des Landes nur unter großen Schwierigkeiten aufheben können, und neue Verrechnungen der Gemeinden untereinander würden sich notwendig machen, die den Vorteil, der vielleicht den zentralen Kassenstellen bei ihrer Aufhebung erwachsen könnten, wieder illusorisch machen; auch in kultureller Beziehung liegen die Dinge gerade hier nicht so einfach, sobald sie ausschließlich unter die direkte Oberhoheit der we-

sentlich politisch orientierten öffentlichen Körperschaften gestellt werden. Einen Zwang, diesen schwerwiegenden Schritt gleichzeitig mit der Gemeindeverfassung zu tun, können wir nicht als gegeben ansehen, und wir würden es begrüßt haben, wenn gerade diese Schulfragen einer besonderes eingehenden Beratung unterzogen wären, zumal sie sich ja auch ohne Schwierigkeiten jederzeit in einem besonderen Gesetz regeln lassen, sobald allseitig eine zwingende Notwendigkeit dafür zugegeben wird.

Es würde in diesem Augenblick der ersten Lesung dieser großen Vorlage nicht viel Wert haben, wenn man angesichts der Gestaltung des Entwurfs eingehende Abänderungsvorschläge machen würde; denn es handelt sich eben darum, daß in grundsätzlicher Beziehung zunächst einmal Klarheit darüber geschaffen werden muß, ob im Landtage eine genügende Mehrheit zur Schaffung einer Kreisverfassung gefunden werden kann. Wir wollen immerhin soviel sagen, daß es uns sehr wohl möglich erscheint, in engerer Anlehnung an die bisherigen Amtsgemeinden, vielleicht auch durch Schaffung des Amtmannes oder Landbürgermeisters und Zusammenfassung benachbarter Amtsgemeinden zu besonderen Zwecken, eine Besserung der Tragfähigkeit dieser Zellen des gemeindlichen Lebens zu erreichen.

Hierbei kann auch eine Berücksichtigung der Auffassung der Wähler über ihre Vertretung in den Amtsgemeinderäten wohl stattfinden, doch scheint es uns nicht richtig, die bisherigen gebotenen Vertreter, nämlich die Vorsteher, dabei etwa zu übergehen, weil sie doch notwendigerweise als diejenigen, die die praktischen unteren Verwaltungsarbeiten ausführen müssen, auch genau unterrichtet sein sollen über alle Verhandlungen, welche den Beschlüssen zugrunde liegen.

Ist dann in der Regierung ein aus der Praxis der bisherigen Verwaltungsämter hervorgegangener und entsprechend vorgebildeter Mann tätig, so dürfte vom menschlichen Gemühr dafür gegeben sein, daß eine Neuordnung eintritt, deren reibungsloser Lauf in möglichst nahem Anschluß an die gegebenen Verhältnisse gesichert sein sollte.

Den von anderer Seite vorgebrachte Grund, daß die Einführung und Beratung dieses Gesetzes so lange nicht viel Wert habe, wie noch nicht einmal Klarheit über die Anschlußfrage gewonnen sei, hat gewiß manches für sich, jedoch stehen wir nicht auf dem Standpunkt, daß, wenn wirklich die Ueberzeugung der Notwendigkeit einer Abänderung der bisherigen Grundlagen bei der überwiegenden Mehrheit des Landtages und der lippischen Bevölkerung vorhanden ist, man von der Größe der Aufgabe an sich nicht zurückschrecken darf, sondern daß sie dann auch in die Hand genommen werden muß.

Wir sind daher bereit, in eine erste Erörterung der Vorlage im Hauptausschuß einzutreten, da immerhin der Versuch gemacht werden muß, ob durch eine Aenderung auch gewisser grundlegender Punkte ein einheitliches Werk geschaffen werden kann, daß ein gutes Arbeiten im gesamten Verwaltungsgebiet sicherstellt. Wir möchten aber nicht unterlassen zu betonen, daß wir der Möglichkeit einer schnellen Erledigung dieser Aufgabe vorläufig skeptisch gegenüberstehen, so sehr wir wünschen möchten, daß ein gemeinsamer Weg zu Nutz und Frommen der Allgemeinheit gefunden würde, dem alle Parteien des Hauses unter Aufopferung dieser oder jener besonderen Auffassung zustimmen können, ohne daß sich die schlechten Folgen eines sogenannten Kompromisses dabei zeigen.

Abg. Kuhlemeier (Dem.):

Die Vorlage 160 deckt sich, von kleinen Aenderungen und Zugeständnissen abgesehen, im wesentlichen mit dem im Jahre 1923 dem Landtage unterbreiteten Entwurfe. Die wesentlichste Aenderung ist die, daß die Städte ihre Selbständigkeit behalten sollen. Aber diese Aenderung ist nicht so bedeutsam, daß sie meine abweichende grundsätzliche Auffassung über den Aufbau der Gemeindeverfassung erschüttern könnte. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß sich die lippische Gemeindeverfassung überlebt hat und in vielen, wenn nicht in allen Punkten erneuerungs- und reformbedürftig ist. Von einer neuen Gemeindeverfassung muß erwartet werden, daß sie in jeder Beziehung klare Bestimmungen enthält und klare Verhältnisse schafft, möglichst wenig Kosten verursacht, für die Bevölkerung möglichst bequem und wenig umständlich ist, und im weitesten Maße die Selbstverwaltung der Gemeinden wahrt. Die Erfüllung dieser Forderungen sehe ich, um das gleich vorab zu sagen, am besten gewährleistet durch die Aemterverfassung. Damit auch in der Oeffentlichkeit eine gründliche Klärung dieser Frage erfolgt, bin ich genötigt, gerade auf diesen Punkt näher einzugehen.

Schon im Jahre 1923 habe ich darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen über die Polizeiverwaltung reichlich kautschukartig sind. Die preußische und die badische Gemeindeverfassung enthalten in dieser Beziehung genauere, die Polizeibefugnisse abgrenzende Bestimmungen. Bei uns soll diese Abgrenzung durch das Landespräsidium vorgenommen werden. Man wird sich aber zu überlegen haben, ob die Regelung einer solch wichtigen Angelegenheit dem Landespräsidium allein überlassen bleiben kann. Mir scheinen gesetzliche Bestimmungen notwendig.

Die Vorlage lehnt sich im übrigen eng an den nach der Verabschiedung harrenden preußischen Entwurf an. Das Fundament für den preußischen Aufbau aber ist die Aemterverfassung. Der Amtmann oder Landbürgermeister ist ein wichtiges, mit ziemlich weitgehenden Befugnissen ausgerüstetes Verwaltungs- und Polizeiorgan. Dieses Fundament fehlt in der Vorlage. Die Funktionen des Amtmannes gehen zum Teil auf die Gemeinde, zum Teil auf den Kreis über, und es zeigt sich nur zu deutlich, daß es keine leicht zu lösende Aufgabe ist, die Geschäfte und Befugnisse des preußischen Landbürgermeisters im richtigen Maß und Verhältnis zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Kreise aufzuteilen. In welcher Weise und in welchem Umfange in dieser Beziehung die vorgesehenen Zweckverbände eingespannt und wirksam werden sollen und können, läßt sich weder übersehen noch sagen.

Die Kreisverfassung bedeutet eine völlige Aufhebung der Aemter, die Beseitigung der Amtsgemeinderäte und die Uebertragung der ihnen zustehenden Befugnisse an den Kreis. Es wird sehr sorgfältig zu prüfen sein, ob man diesem Verfahren zustimmen und das Althergebrachte, historisch Gewordene und Begründete, fest im Volke Wurzelnde, das sich im großen und ganzen gut bewährt hat, und das Preußen fester verankern und weiter ausbauen will, für immer beseitigen und gegen etwas Neues, Unerprobtes und Ungewisses eintauschen kann.

Die Aemterverfassung bietet ohne Zweifel große Vorteile, und Preußen beabsichtigt nicht ohne Grund ihre allgemeine Durchführung. Auf ähnlicher Grundlage fußt auch die bayerische Verfassung, und man braucht nicht ohne weiteres anzunehmen, daß sie selbstverständlich schlecht sei, weil sie in Bayern gemacht wurde. (Heiterkeit.) Wir können ohne Frage manches aus ihr gebrauchen. Die Uebertragung der unteren Verwaltungs- und Polizeibefugnisse an den Amtmann und Landbürgermeister ist für die Bevölkerung bequem, sie rückt die Entscheidungsinstanz in diesen Dingen in ihre Nähe und erspart ihr manchen weiten Weg und manche unnütze und weitläufige Schreiberei. Durch die geplante Kreisverfassung werden die jetzt schon schwer empfundenen Mißstände durch Aufhebung eines Kreises und die damit für einen Teil der Bevölkerung zunehmenden Entfernungen vom Landratsamt noch vergrößert werden. Man gehe nicht achtlos an der Psyche des Volkes, namentlich der Landbevölkerung, vorbei, die grundsätzlich jede mit irgendwelchen Unbequemlichkeiten verbundene Zentralisation heftig ablehnt. Und mit Recht. Die Erzbergersche Steuerreform würde widerspruchslos hingenommen sein, wenn das wichtige und historische Zwischenglied, der Steuerheber, der die Steuern aus der Gemeinde holte und der Berater der Bevölkerung war, geblieben wäre. Die Abneigung ist lediglich begründet in den mit Geldopfern und Zeitverlust verbundenen weiten Reisen zu den Finanzämtern und den Scherereien mit diesen „Zentralbehörden" bei notwendigen Auskünften und Belehrungen.

Bei der Gemeindeverfassung darf nicht noch einmal derselbe Fehler gemacht und Unzufriedenheit hervorgerufen werden. Die Aufhebung der Amtsgemeinden und die Verlegung ihrer bisherigen Rechte und Befugnisse an die Kreisinstanzen bedeutet keine Dezentralisation, sondern eine Zentralisation. Es erscheint aber zweckmäßig, den umgekehrten Weg zu gehen und zur Beruhigung und Bequemlichkeit der Bevölkerung das fehlende Zwischenglied, den Landbürgermeister, zu schaffen, dem sehr bald das Vertrauen und die Rolle des Beraters zufallen wird.

Die Ausschaltung der Aemterverfassung soll in erster Linie erfolgen, weil man der Ansicht ist, daß ihre Einführung eine Vermehrung der Beamtenzahl und somit erheblich höhere, nicht tragbare Kosten erfordern würde. Diese Ansicht ist durch nichts begründet, und eine genaue Prüfung wird ihre Unrichtigkeit ergeben und nachweisen.

Wir haben mit Stift Cappel 13 Aemter. In Stift Cappel brauchten Veränderungen nicht einzutreten, so daß es sich nur noch um 12 Aemter handelt. In den Aemtern Schötmar, Oerlinghausen, Lage, Horn, Blomberg, Barntrup mit Sternberg und Schwalenberg könnten noch preußischem Muster den Bürgermeistern der gleichnamigen Städte die Funktionen eines Landbürgermeisters übertragen werden. In den übrigen 5 Aemtern Detmold, Brake, Hohenhausen, Varenholz und Schieder müßten die Gemeindevorsteher des größten, zentral gelegenen Ortes die Funktionen des Landbürgermeisters übernehmen. Einige der in Frage kommenden Orte haben ja schon jetzt hauptsächlich angestellte Gemeindevorsteher. Ob man im Amte Detmold die Landbürgermeisterei mit in das Detmolder Rathaus oder nach Hiddesen, Heidenoldendorf oder Heiligenkirchen verlegen will, ist eine ganz nebensächliche Frage.

Es wird demgegenüber behauptet, die Landbevölkerung werde nicht zugeben, daß die Befugnisse des Landbürgermeisters einem städtischen Bürgermeister übertragen würden, und die Interessen der Städte und Landgemeinden ließen sich auch nicht vereinigen. Dieser Einwand verschlägt nichts und kann sich nur auf Unkenntnisse stützen. Die Interessen der Städte und der Landgemeinden hätten sich doch auch vereinigen lassen müssen, wenn man, wie der erste Entwurf vorsieht, diese Städte in die Kreise eingegliedert hätte. Ja, da wären die Gegensätze noch viel größer geworden, weil die Verbindung viel enger und das Bild viel bunter und zusammengewürfelter würde. Die Interessen Schötmars, Knetterheides, Werl-Aspes und Ehrsens lassen sich viel eher vereinigen als die Interessen Salzuflens, Rotts, Meierbergs und Henstorts. Bei der Aemterverfassung wird immer eine Verwaltungsgemeinschaft mit wesentlich gleicher wirtschaftlicher Struktur der Bevölkerung entstehen. Das Amt Schötmar ist im großen industriell eingestellt wie die Stadt Schötmar. Dasselbe trifft für Oerlinghausen zu. Die Städte Barntrup, Horn und Schwalenberg treiben hauptsächlich Landwirtschaft, die Bewohner der Aemter ebenfalls. Es gibt kaum widerstreitende Interessen. Der Verkehr der Aemter geht nach diesen Städten. Stadt und Amt gehören zusammen, sie bilden gewissermaßen eine wirtschaftliche Einheit. Warum sollte der Bürgermeister der Stadt nicht zugleich Landbürgermeister sein können? Diese Amtsgemeinden sind für manche Dinge, wie beispielsweise für die Unterhaltung der höheren u. gehobenen Schulen usw. die gegebenen Zweckverbände. Zwischen Stadt und Amt Lage bestehen schon jetzt enge Verbindungen. Solche Verbindungen müssen überall geschaffen und erweitert werden. Zur Lösung mancher Aufgaben lassen sich mehrere Aemter zu einem Zweckverbande vereinigen. Wenn der Landbevölkerung die Vorteile der Aemterverfassung gegenüber der Kreisverfassung klar gemacht werden, so wird sie sich

einhellig für die Aemterverfassung entscheiden.

Auch der Einwand, es gehe nicht an, daß ein städtischer Bürgermeister zugleich Landbürgermeister sei, da letzterer das Vertrauen der Amtsgemeinde besitzen müsse, verschlägt nichts. Man vergesse doch nicht, daß der Landbürgermeister in erster Linie nur ausführendes Organ, der eigentliche beschlußfassende Verwaltungskörper aber die Amtsgemeinde ist. Uebrigens wurde bisher der Landrat vom Staate ernannt. Das soll nach der Vorlage auch in Zukunft so bleiben, und es fragt sich doch sehr, ob er immer das Vertrauen seines Kreises genießen wird. Um dieses Bedenken zu beseitigen, treten manche für die Wahl des Landrates ein. Aber auch die Wahl bürgt nicht für ein Vertrauen auf längere Zeit. Die politischen Mehrheiten sind wechselnd. Was soll aus dem Landrat bei einer anderen Mehrheit werden? Es kann oft von großem Vorteil sein, wenn eine „feststehende" Persönlichkeit den „ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht" bildet. Uebrigens dürfte es nicht schwer sein, einen Weg zu finden, der der Amtsgemeinde bei der Wahl des zum Amtmann ausersehenen Bürgermeisters eine gewisse Mitwirkung sichert.

Doch nun kommt für die Gegner der Aemterverfassung der Kernpunkt. Sie wenden ein, mit den vorhandenen Kräften sei weder in den in Betracht kommenden Städten noch in den größeren Landgemeinden die Arbeit der Landbürgermeisterei zu bewältigen. Das ist selbstverständlich richtig, aber damit ist

noch keineswegs erwiesen, daß die Aemterverfassung eine Vermehrung der Beamtenzahl erfordert.

In den Verwaltungsämtern stecken noch 65 Beamte und Angestellte. Dabei ist Stift Cappel nicht mitgerechnet, weil dort die Verhältnisse so bleiben können. Vergütet man nun jedem Landbürgermeister seine Mehrarbeit mit der Hälfte des Gehaltes der Gruppe 9 oder 10, und gibt ihm je einen Sekretär, Inspektor oder Oberinspektor nach Gruppe 7—9 und einen Kanzleibeamten nach Gruppe 6, wie sie an den Verwaltungsämtern vorhanden sind, so ergibt das 30 ganze Beamte u. Angestellte. Damit ist die Arbeit nach dem Urteil von Sachverständigen zu bewältigen, ja, wenn eine weise Beschneidung des bürokratischen Zopfes erfolgt, ist diese Zahl Kräfte kaum erforderlich. Es bleiben also noch 35 Personen übrig einschließlich der Landräte. Rechnen wir für die Erledigung der Bezirksfürsorgegeschäfte und anderer besonderen Zweckverbänden zufallenden Aufgaben noch 8 Beamte, so bleiben noch 27 übrig. Wird, was immerhin möglich ist, eine Vereinigung der Aemter Hohenhausen und Varenholz und eine Aufteilung des Amtes Schieder zwischen Blomberg und Schwalenberg vorgenommen, so steigt die Zahl der ersparten Kräfte auf 32.

Man wird natürlich einwenden, die aufgemachte Rechnung sei nicht richtig, in den Städten, auch in den kleineren, sei ein ganz anderer Beamten- und Verwaltungsapparat vorhanden. Aber die Funktionen der Landbürgermeistereien lassen sich nicht vergleichen mit den Arbeiten einer Stadtverwaltung; denn die Stadtverwaltung hat auch alle die Arbeiten zu besorgen, die in den Aemtern von den Gemeindebehörden zu erledigen sind. Und so sehr wenig ist das gerade nicht. Wer in der Gemeindeverwaltung steht, der weiß, welch ein Maß von Arbeit heute schon den Gemeindevorstehern aufgebürdet wird. Und die Vorlage sieht noch eine erhebliche Vermehrung dieser Arbeiten vor. Es bedarf doch sehr der Prüfung, ob die Aemterverfassung auf dieser Grundlage nicht erheblich billiger ist als die beabsichtigte Kreisverfassung; denn die nach der Vorlage geplante Regelung erfordert erheblich mehr Kosten als der gegenwärtige Zustand. Die Besoldung der Kreisbeamten, die Tagungen der Kreistage und der Kreisausschüsse werden ganz erhebliche Summen kosten. Ob diese Summen vom Lande oder von den Kreisen und Gemeinden zu tragen sind, spielt dabei keine Rolle.

Schließlich darf auch der dem einzelnen Bürger durch weite Reisen entstehende Geldaufwand und Zeitverlust nicht ohne Ansatz bleiben. Zentralisation verbilligt nicht, sondern verteuert die Verwaltung. Die Spuren der Steuerreform schrecken. Hätte Lippe das frühere dezentralisierte Veranlagungverfahren und seine Steuerheber behalten, so wäre heute zur Erledigung der Steuergeschäfte nicht ein Heer von Beamten nötig, wie es auf den Finanzämtern sitzt, ohne daß die sachkundige Erledigung der Geschäfte litte.

Es will mir auch nicht tunlich und zweckmäßig erscheinen, in dem kleinen Lippe neben dem Landes-Parlament noch 3 Kreistage mit je 20 Abgeordneten tagen zu lassen. Jeder Unbefangene muß das eine Ueberspannung nennen. Die noch vorhandene Selbständigkeit Lippes gebietet keineswegs eine solche Einrichtung. Und warum sollte die Aemterverfassung ohne Kreise und groß aufgezogene Kreistage etwa der „Souveränität" des Landes schaden oder Abbruch tun?

Auch die Frage, ob durch Einrichtung der Kreistage eine genügende und zweckmäßige Vertretung der einzelnen Gemeinden gewährleistet ist, scheint einer gründlichen Prüfung zu bedürfen. Von den 65 Ortschaften des zukünftigen Kreises Detmold würden mindestens 45 unvertreten sein. Von den rund 70 Gemeinden des zukünftigen Kreises Lemgo würden von vornherein 50 völlig unvertreten bleiben. Voraussichtlich würden die kleinen Orte des Nordens gänzlich ausfallen. Ja, es wäre sogar denkbar, ganze Amtsgemeinden von der Vertretung im Kreistage auszuschalten. Welchen Einfluß ein solcher Zustand auf manche Angelegenheiten, wie beispielsweise auf den Wegebau usw., haben könnte, ist nicht ohne weiteres ersichtlich.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Befürchtung einiger ländlichen Kreise, bei der Aemterverfassung zu sehr in Abhängigkeit von den Städten bzw. ihren Bürgermeistern zu kommen, völlig unbegründet ist. Aber gerade diese Kreise müssen sich darüber klar werden, daß sie bei der Kreisverfassung noch viel leichter und eher zur Einflußlosigkeit herabsinken und völlig ausgeschaltet werden können. Die Kreisverfassung ist keinesfalls die einzig mögliche demokratische Grundlage, durch die das Selbstverwaltungsrecht gesichert wird.

Nach meiner Ansicht ist das Selbstverwaltungsrecht besser gesichert, wenn man kleine Verwaltungsgemeinschaften bildet, in denen jede kleine Gemeinde vertreten ist und zu ihrem Rechte kommt, als wenn man diese kleinen Gemeinden in große Verbände zwängt, in denen sie von vornherein zur Einflußlosigkeit verdammt oder gar völlig ausgeschaltet sind. Die Gemeinden sind nun einmal die Keimzellen des Staates, und jede Keimzelle will zu ihrem Recht unter Sonne und Licht.

Bezüglich der Aufbringung und Verteilung der Wegelasten enthält die Vorlage nichts. Die Tragung der Wegelasten durch einen größeren Verband kann zweckmäßig sein. Aber wir haben doch in Lippe ein verhältnismäßig gut ausgebautes Kommunalwegegesetz, und es erscheint immerhin mehr als fraglich, ob der Ausbau dieses Wegenetzes auch erfolgt wäre, wenn nicht die Amtsgemeinden Träger der Wegelasten gewesen und aus Lokalinteressen nicht oft große persönliche Opfer gebracht wären. Die Erfahrung lehrt, daß derartige persönliche Opfer wegfallen, sobald ein größerer Kreis als Lastenträger in Frage kommt. Sollte man aber der Ansicht sein, daß die Wegelasten auf breitere Schultern gelegt werden müßten, so ließen sich mehrere Amtsgemeinden, ja sogar sämtliche Amtsgemeinden und Städte zu einem Zweckverbande zusammenschließen.

Wie denkt man sich bei Einführung der Kreisverfassung den Vermögensausgleich zwischen den Amtsgemeinden? Einige Amtsgemeinden haben erhebliche Schulden, andere nicht. Einige haben gute Wege, anderen fehlen sie noch. Wo sollen die Sparkassen bleiben? Einige Gemeinden haben wertvolle Sparkassengebäude, andere wieder nicht. Sollen durch die vorgesehenen Zweckverbände bezüglich der Wegelasten und der eben berührten Fragen wieder den Amtsgemeinden ähnliche Gebilde geschaffen werden? Jedenfalls kann man an allen diesen Dingen nicht achtlos vorübergehen.

Die Einführung der Kreisverfassung ist schwierig.

Sie bedeutet vor allem für die Bevölkerung eine weit größere Unbequemlichkeit als der heutige Zustand. In vielen Dingen, namentlich in Beschwerdesachen, wird sich der Gemeindebürger meistens an den Landrat zu wenden haben. Durch die weitere Zusammenlegung der Kreise werden die schon jetzt bestehenden Entfernungen noch erheblich vergrößert. Für manchen wird der Landrat unerreichbar oder nur mit erheblichen Kosten und großem Zeitverlust erreichbar sein; denn die Amtsgemeinderatssitzungen und Sprechtage des Verwaltungsamtes, die bisher den Gemeindegliedern Gelegenheit zu einer mündlichen Verhandlung boten, werden wegfallen. Durch die in abgelegenen Bezirken vorgesehenen besonderen Verwaltungsstellen können die eintretenden Unzuträglichkeiten nicht beseitigt werden; denn sehr viel Gebrauch wird von der Einrichtung solcher Stellen wegen der entstehenden Kosten nicht gemacht werden können. Die Durchführung der Aemterverfassung würde, wie schon erwähnt, diese Unbequemlichkeiten, Mißstände und Opfer an Geld und Zeit beseitigen und

erhebliche Ersparnisse für den Staat bringen.

Unter Erweiterung der Befugnisse des Gemeindevorstandes könnten die meisten jetzt dem Landrat obliegenden Dienstgeschäfte dem Amtsvorsteher oder Landbürgermeister übertragen werden. Für die Landräte bliebe dann allerdings keine Beschäftigung und kein Platz mehr. Die Verwaltungs- bzw. Landratsämter wären aufzuheben und die Landbürgermeistereien, wie jetzt die Städte, direkt unter die Regierung zu stellen. Bei der Regierung wäre ein besonderes „Gemeindedezernat" einzurichten. Bei der direkten Unterstellung der Städte unter die Regierung haben sich Mißstände kaum gezeigt. Außerdem würde der gemachte Vorschlag die völlige Gleichstellung von Stadt und Land bedeuten. Die Errichtung eines besonderen Gemeindedezernats würde den Vorteil haben, daß alle Entscheidungen in Gemeindeangelegenheiten von einer sachkundigen Stelle nach einheitlichen Gesichtspunkten und gleichen Grundsätzen erfolgten, was jetzt, wo bald diese, bald jene Regierungsabteilung in Tätigkeit tritt, nicht immer der Fall sein kann. Außerdem würde dadurch eine Entlastung der jetzigen Regierungsabteilungen eintreten. Das neue Dezernat könnte von einem Abteilungsvorsteher, vielleicht einem der jetzigen Landräte, mit vier anderen Beamten versehen werden, so daß von den vorhin übriggebliebenen 27 bzw. 32 Kräften endgültig 22 bzw. 27 gespart würden. Dazu fielen die nicht unerheblichen Tagegelder der Landräte für die Reisen zu den Sprechtagen und Amtsgemeinderatssitzungen fort. Für das Freiwerden der Verwaltungsgebäude wird kein Betrag einzusetzen sein, weil für die Landbürgermeistereien wieder einige Büroräume beschafft werden müssen.

Für die Gemeinden wäre dann noch eine untere, eine mittlere und höhere Beschwerdeinstanz vorhanden. Bezüglich der Städte träte eine Aenderung gegenüber dem jetzigen Zustande nicht ein. Bei dieser Art der Regelung wird Lippe schließlich als ein Kreis betrachtet, wie das sicher bei der Zugehörigkeit zu Preußen auch geschehen würde.

Die aufgerechneten Ersparnisse sind bei der geplanten Kreisverfassung nicht möglich, auch dann nicht, wenn ein Kreis aufgeteilt wird; denn die Geschäfte des eingegangenen Kreises müssen von den übrigbleibenden Kreisen mit erledigt werden. Zentralisation verbilligt außerdem nicht, sondern verteuert die Verwaltung, wie bereits an anderer Stelle nachgewiesen.

Aber selbst dann, wenn meine Rechnung nicht ganz stimmen und keine wesentliche Ersparnis an Beamten eintreten sollte, ist die Aemterverfassung vorzuziehen, weil sie sich auf alle Fälle billiger gestaltet als die Kreisverfassung und für die Bevölkerung bequemer ist.

Die Vorlage macht es sich allerdings mit den Ersparnissen für das Land leicht, indem sie die Abschiebung sämtlicher Verwaltungsbeamten auf die Kreise vorsieht. Aber es fragt sich doch sehr, ob die Kreise diese Last werden tragen können. Im Ausschuß wird auch über diesen Punkt noch ausführlich zu sprechen sein.

Meine Damen und Herren! Ich habe in meinen Ausführungen nicht einmal alle Punkte des so unendlich wichtigen und umfangreichen Gebietes berühren, viel weniger ausführlich erörtern können. Auf die Frage der Verschmelzung der Schulgemeinden mit den politischen Gemeinden bin ich gar nicht eingegangen. Ich will darüber auch keine Ausführungen machen, sondern nur betonen, daß sich an meiner vor 3 Jahren an dieser Stelle dargelegten grundsätzlichen Auffassung nichts geändert hat. Der Lehrerverein ist aber in die Prüfung der Frage eingetreten, ob eine Umgestaltung der örtlichen Schulverwaltung und eine andere Finanzierung der Schulgemeinden erforderlich erscheint, und wie das am zweckmäßigsten zu geschehen hat. Er wird demnächst Vorschläge machen. Die Angelegenheit ist aber so wichtig, daß sie

nur durch ein sorgsam erwogenes Schul- oder Schulunterhaltungsgesetz

geregelt werden kann. Mit der Gemeindeverfassung an sich haben diese Dinge nichts zu tun. Ich hoffe, daß wir bezüglich dieser Frage zu einem einheitlichen Standpunkte kommen und den § 150 streichen werden.

Zu einem Punkte muß ich noch ein paar Bemerkungen machen. Die Vorlage sieht sowohl für die Städte als auch für die kleinen Landgemeinden gewissermaßen das Zweikammersystem vor. Für die Städte mag diese Einrichtung zweckmäßig sein. Bei ihnen fehlt die Zwischeninstanz des Kreises oder des Amtes, wodurch dem Magistrate eine Menge selbständiger Arbeiten und besonderer Angelegenheiten zufallen. Es kann daher auch wohl als richtig angesehen werden, daß die Mitglieder des Magistrats nicht zugleich der Stadtverordnetenversammlung angehören dürfen. Für die kleinen Landgemeinden aber paßt nach meiner Ansicht diese Bestimmung nicht. Die Arbeiten und Befugnisse des Gemeindevorstandes sind doch sehr beschränkt, und in fast allen Fällen wird bei wichtigeren Angelegenheiten der Gemeindevorstand von vornherein den Gemeindeausschuß mit zu Rate ziehen. Für die ländlichen Gemeinden würde die Bestimmung genügen, daß der Vorsteher nicht stimmberechtigtes Mitglied des Gemeindeausschusses sein darf. Bedenken habe ich auch gegen die in § 4 getroffene Bestimmung, nach welcher in besonderen Fällen bei Veränderung der Gemeindegrenzen die Zustimmung der beteiligten Gemeinden durch die Regierung ersetzt werden kann.

Auch Absatz 3 des § 6 scheint mir einer Aenderung zu bedürfen. Auf weitere Einzelheiten gehe ich nicht ein. Im Ausschusse wird sich dazu noch Gelegenheit bieten.

Meine Damen und Herren! Die gemachten Ausführungen sind nicht nur meine persönliche Ansicht, sondern auch zugleich die vor 3 Jahren erfolgten, in zwei kürzlichen Versammlungen ausdrücklich bestätigten, grundsätzlichen Festlegungen der Parteiinstanzen.

Man wird mir gewiß entgegnen, wenn ich auch lange Jahre in der Gemeindeverwaltung stände, so wäre ich doch zur Beurteilung derartiger Dinge nicht sachverständig genug. Wesentlich bestärkt in meiner Auffassung bin ich aber durch die Stellungnahme sämtlicher Bürgermeister der lippischen Städte. Nach der mir gemachten Mitteilung vertreten sie einstimmig die Ansicht, daß die Aemterverfassung nicht nur durchführbar, sondern auch die beste und billigste Gemeindeverfassung ist. Ihnen wird man ja wohl die Sachverständigkeit nicht absprechen können.

Im Ausschuß wird sich zeigen, ob sich eine Grundlage schaffen läßt, auf der wir uns zusammenfinden können. Ich bin selbstverständlich gern bereit, an der Findung und Schaffung einer solchen Grundlage nach besten Kräften mitzuarbeiten, werde aber einer Gemeindeverfassung in der vorliegenden Form mit drei großen Kreistagsapparaten meine Zustimmung nicht geben können, sondern vielmehr auf erhebliche Vereinfachung bestehen müssen.

Abg. Scholz (Komm.) erklärt, daß die Frage, ob Amter- oder Kreisverfassung, für die arbeitende Bevölkerung im Grunde genommen ganz gleichgültig sei. Es komme nur darauf an, daß die Verhältnisse so bequem wie möglich gemacht würden. Für seine Partei komme nur eine Gemeindeverfassung in Frage, die sich auf die Herrschaft der werktätigen Masse stützen könne. Dies sei aber eine Frage, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht erledigt werden könne, sondern eine Machtfrage, die an anderer Stelle zum Austrag gelangen müsse. Der Redner erklärt weiter, er werde an der Vorlage mitarbeiten und versuchen, das Prinzip der Einschränkung des Aufsichtrechtes des Staates durchzuführen und die Selbstverwaltung der Gemeinden dafür zu stärken.

Mitglied des L.-Pr. Drake:

Dankenswerter Weise ist von allen Seiten anerkannt worden, daß es zweckmäßig sei, in die Beratung der Vorlage einzutreten. Um diese weitere Beratung zu fördern, will ich in meiner Erwiderung nur auf einige allgemeine Gesichtspunkte eingehen und Einzelheiten zurücklassen. Wenn Herr Vizepräsident Kreiling meint, daß die Vorlage zum politischen Gesichtspunkten ausgegangen sei, so ist das falsch. Einen Beweis hat er nicht versucht. Seine Ausführungen über die Demokratie sind etwas eigenartig, weil die beiden Fälle, die er anführte, als Beweis des Gegenteils von Demokratie nicht angesehen werden können. Das ist ja gerade der Inbegriff des Gemeinwohles, daß einzelne Teile sich dem Willen der Mehrheit oder gar der überwiegenden Mehrheit in Dingen, die das Gemeinwohl berühren, fügen müssen. Die Ausführungen über die Zwangshaft usw. waren wohl mehr humoristisch zu verstehen und ich will sie deswegen auch nur so nehmen. Ich bin überzeugt, daß der Oberregierungsrat Heise für die Bereitstellung genügender Spritzenhäuser rechtzeitig sorgen wird.

Herr Abgeordneter Müller irrt, wenn er annimmt, es seien bei der Beratung der Vorlage nur Vergleichungen mit Preußen erfolgt. Er irrt auch darin, daß die Streulage der Neuwohnerstätten in Lippe etwas ganz Eigentümliches sei. Denn das findet man in den anderen uns umgebenden preußischen Gebietsteilen auch so, und in den anderen deutschen Kleinstaaten kennt man eine Aemterverfassung, wie sie hier von anderer Seite empfohlen wird, auch nicht. In diesen anderen Staaten sind übrigens auch Wegelasten und andere Aufgaben Staatsaufgaben, ebenso wie in Lippe. Über die Frage der Unabhängigkeit der Amtsgemeinderäte in politischer Hinsicht will ich nicht weiter reden, aber mir scheint, daß die Amtsgemeinderäte noch stets ihre politische Farbe bekannt haben, wenn es sich um politische Angelegenheiten gehandelt hat. Es ist sicher eine Illusion, wenn man annimmt, daß in den Ämtern mit zwei oder drei Kräften die Arbeit geleistet werden könnte.

Es ist übrigens nicht uninteressant, daß die volksparteiliche Fraktion vor drei Jahren noch den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen hat. Damals führte ihr Sprecher nach dem amtlichen Landtagsprotokoll wörtlich folgendes aus:

„Was die Sache selbst angeht, so stimmen wir in vielen Punkten der Vorlage zu. Daß die Aemterverfassung besser ist als die Kreisverfassung, ist sicher. Das Publikum kann viel leichter zu den Ämtern hinkommen. Die Aemterverfassung hat nur den Nachteil, daß sie erheblich teurer ist, daß erheblich mehr Beamte dazu benutzt werden und daß durch den Verkehr mit den untergestellten Behörden mehr Kosten entstehen. Wir stimmen deshalb der Vorlage darin zu, wie sie bis jetzt vorgesehen war, aus dem Gesichtspunkte, daß eine Vereinfachung des Verkehrs unter den Behörden erzielt wird, daß nicht so viele Arbeiten notwendig sind für die getrennte Kassenverwaltung, für die getrennte Buchführung usw."

Auch auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kuhlemeier wird bei den Ausschußberatungen noch einzugehen sein, insbesondere auf seine Berechnungen über die voraussichtlichen Ersparnisse bei Einführung der Amterverfassung. Das ist aber mehr Aufgabe der praktisch arbeitenden Verwaltungsbeamten. Wenn Herr Kuhlemeier davon geredet hat, daß das Fundament der preußischen Gemeindeverfassung nach den vorliegenden Entwürfen die Amter seien, so ist er in einem erheblichen Irrtum. Der preußische Entwurf liegt mir in der Fassung vor, wie er in den Ausschußverhandlungen gestaltet ist, und diese Fassung besagt:

Die Provinziallandtage beschließen, ob Bürgermeistereien zu bilden oder bestehende abzuschaffen sind. Die Beschlußfassung kann sich auf die ganze Provinz oder Teile derselben erstrecken. Der Beschluß muß mit mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefaßt werden. Er kann zum ersten Male frühestens nach Ablauf von 6 Jahren, späterhin frühestens nach Ablauf von 12 Jahren mit mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen abgeändert werden."

Danach steht fest, daß die Aemterverfassung aufgehoben werden soll und daß die Provinziallandtage in aller Form, und sogar mit Zweidrittelmehrheit, erst darüber beschließen sollen, ob Landbürgermeistereien, die den preußischen Ämtern gleichzuachten sind, eingeführt werden sollen. Das ist etwas ganz anderes als ein Fundament. Die Auffassung, daß die Kreistage neben dem Landtag eine Überorganisation und eine Belastung darstellten, geht ebenfalls fehl, denn erstens sind die Amtsgemeinderäte noch nicht kostenlos und zweitens werden die Kreistage nur selten zusammenberufen. Man kann im Gegenteil sagen, daß der Kostenaufwand, insbesondere der Reisekostenaufwand, bei der stärkeren Belastung der Regierung mit Aufgaben, die eigentlich zur Selbstverwaltung gehören, sehr erheblich größer werden würde. Aber das alles sind Dinge, die uns ja noch in exakten Nachweisungen vorgeführt werden.

Die Vorlage wird darauf dem Hauptausschuß überwiesen. Der Landtag vertagt sich auf Mittwoch, 22. Juni, vormittags. Auf der Tagesordnung stehen Anträge des Hauptausschusses. Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Das Rehwild und die Hegeringe

Die Hegeringe sind für die lippischen Jäger des Rehwildes wegen gegründet. Dieser Satz mißt vielleicht ein wenig kraß, trifft aber doch fast buchstäblich zu. Gewiß, alle Wildarten profitieren von dem Zusammenschluß weidgerecht denkender Jäger. Aber denken wir uns einmal das Rehwild gänzlich aus unseren Jagden fort, setzen wir noch voraus, daß dieses Wild bei uns nicht fortkäme! Dann werden wir sofort zugeben, daß der Trieb, einen Hegering zu gründen, auch nicht annähernd so stark wäre, wie er jetzt es ist.

Was fragen 75 Prozent aller Jäger nach der Hühnerjagd? Der Fasen kommt auch bei guter Besetzung immer noch so selten vor, daß von einer Fasanenjagd nicht die Rede sein kann. Bleibt der Krumme übert Na, und dessen Gedeih und Verderb hängt mehr von der Witterung als von einem Hegering ab. Das Rehwild hingegen ist nur der